

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2  
Fernsprecher: Amt F7 Jannowitz 6191

Berlin, den 15. Oktober 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Der Kampf um das Tarifrecht

**W**er Wirtschaftsplan der Reichsregierung hat noch nicht die erwarteten Wirkungen gehabt. Weder zeigen sich besondere Anzeichen für das Eintreten einer Wirtschaftsbelebung, noch eine Abnahme der Arbeitslosigkeit. An der Börse rief die Veröffentlichung des Wirtschaftsplans eine gewisse Haussestimmung hervor, die sich aber bereits nach wenigen Tagen verflüchtigte. Seitdem herrscht trotz aller Zustimmungserklärungen aus dem industriellen und großagrarischem Lager zur Notverordnung der Reichsregierung vom 5. September 1932 die wirtschaftliche Depression im unverminderten Umfange weiter. Der Reichskanzler hat diese Notverordnung selbst als letzte Chance für die kapitalistische Wirtschaft bezeichnet. Schlägt dieser Versuch zur Lösung der Krise fehl, so werden auch nach seiner Auffassung die Kräfte die Oberhand gewinnen, die eine Verstärkung des wirtschaftspolitischen Einflusses des Staates und die Beseitigung der großkapitalistischen Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiete anstreben.

Die mit der Durchführung des Wirtschaftsplans den Arbeitern und Angestellten zugemutete weitere Herabsetzung der Löhne und Gehälter hat in den arbeitenden Volkskreisen einen Sturm der Empörung hervorgerufen. Das war vorauszu-  
zusehen! Die Gewerkschaften haben rechtzeitig davor gewarnt. Da man diese Warnungen nicht beachtete, sahen sie sich genötigt, gegen die beabsichtigte weitere Verschlechterung der Löhne und Gehälter Stellung zu nehmen. In einer großen Anzahl Betriebe stießen die versuchten Lohn- und Gehaltskürzungen auf stärksten Widerstand, der die Unternehmer zwang, darauf zu verzichten. Noch befindet sich diese Abwehrbewegung in den ersten Anfängen. Ihr Umfang läßt aber deutlich genug den Ernst der Lage erkennen, die, wenn nicht eingelenkt wird, unter dem Einfluß der langsam in Gang kommenden Wahlbewegung eine erhebliche Verschärfung erfahren dürfte. — Anscheinend hatten sich die schwerindustriellen Scharfmacher und ihr großagrarisches Anhang die Sache anders vorgestellt! Wie von dieser Seite immer wieder behauptet wurde, waren die Kassen der Gewerkschaften durch die außerordentlichen Anforderungen der Wirtschaftskrise leer und daher von ihnen ein besonderer Widerstand gegen den erneuten Lohnraub nicht zu befürchten. Daß sich der Widerstand so stark bemerkbar macht, ist ihnen höchst unangenehm, sehen sie doch schon jetzt die Gefahr vor sich, daß der so schön

ausgeklügelte Wirtschaftsplan der Papen-Regierung zum Scheitern verurteilt ist. Daher auch ihr ganz offensichtliches Bemühen, hierfür den Arbeitern und Gewerkschaften die Verantwortung in die Schuhe zu schieben und die Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaften aufzuheizen.

Wie immer in solchen Fällen geht es dabei ohne Lügen und Verleumdungen nicht ab. Die Presse der industriellen und großagrarischem Scharfmacher zetert fast jeden Tag über die „politische Verwildern“ im marxistischen Lager, über die „Corpedierung des Wirtschaftsplans“ dadurch, daß sich die Gewerkschaften der Wiedereinreihung der Krisenopfer in den Wirtschaftsprozess durch Arbeitsverweigerung und Streiks widersetzen, ohne sich darum zu kümmern, wenn sie durch diese „sozialverbrecherische Taktik“ nicht nur neue Krisenopfer schaffen, sondern auch diese Krisenopfer der Gefahr aussetzen, im kommenden Winter ohne jede Unterstützung bleiben zu müssen.

Doch damit nicht genug, bezeichnen sie es als Pflicht und Recht der Reichsregierung, gegen diese Corpedierung ihres Wirtschaftsplans mit aller zulässigen Energie einzuschreiten. Den Gewerkschaften müsse gezeigt werden, daß sie sich zu Unrecht auf den Organisationschutz der Reichsverfassung stützen. Es stehe ihnen kein Recht zu, Staat und Wirtschaft zu zerstören. Die Reichsverfassung sehe nicht vor, daß die Gewerkschaften aus Eigennutz und Verbohrtheit über die Krisenopfer hinweggehen dürfen, und wenn sie sich durch ihre leeren Kassen vor Schadenersatzansprüchen gesichert glauben, so seien ihre „kostspieligen Verwaltungspaläste“ noch immer für eine Beschlagnahme greifbar. Notwendig sei daher ein „Streikverbot der Regierung“ unter Androhung für die Drahtzieher bei Streiks. Ein solches Streikverbot wiege federleicht gegenüber der Aussicht, daß die Preisgabe der Krisenopfer durch die Schuld der Gewerkschaften zu schweren Unruhen im Winter führen müsse. — Es muß um die Grundlage des Wirtschaftsplans der Papen-Regierung sehr schlecht bestellt sein, wenn die schwerindustriellen und großagrarischem Scharfmacher zum offenen Verfassungsverstoß gegen die Gewerkschaften hegen! Ihre Angst um dessen Scheitern ist nicht ganz unbegründet, denn im besten Falle ist er nur geeignet, eine Scheinkonjunktur hervorzurufen. Letzten Endes muß er an seinen inneren Widersprüchen zu-

**Kollegen!**  
**Die Werbearbeit**  
**hat begonnen**  
**Stellt die Listen**  
**der Unorganisierten**  
**in den Betrieben**  
**zusammen**

sammenbrechen. Die Gewerkschaften müssen es daher ablehnen, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Diesen Zusammenbruch zu verhüten wären sie selbst dann nicht in der Lage, wenn sie sich den beabsichtigten Lohnsenkungen gegenüber passiv verhalten wollten. In solchem Falle würde dieser Zusammenbruch vielleicht sogar noch schneller infolge der mit diesem Wirtschaftsprogramm verbundenen Kaufkraftzerstörung eintreten.

Die schwerindustriellen und großagrarisches Scharfmacher geben sich daher einer Täuschung hin, wenn sie glauben, die Gewerkschaften durch die Drohung eines verfassungswidrigen Vorgehens der Reichsregierung einzuschüchtern. Es wird sich bald zeigen, daß sie damit eine falsche Rechnung aufstellen. Die Arbeiterschaft hat gewaltige Opfer für ihre notleidenden Klassengenossen gebracht. Es braucht hierfür nur an die Beitragserhöhungen für die Arbeitslosen- und Sozialversicherung erinnert zu werden. Die Arbeiterschaft hat sich darüber hinaus beträchtliche Lohnherabsetzungen gefallen lassen müssen, die ihre Lebenshaltung erheblich herabsetzten. Unerhört ist es aber, daß trotzdem neben den Steuergeschenken und Einstellungsprämien für die Unternehmer die dürftige Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch mehr herabgesetzt und in unerträglicher Weise verschlechtert werden soll. Desgleichen lehnen sie mit aller Entschiedenheit ab, ihre tarifmäßigen Rechte noch mehr schmälern zu lassen. In dieser Hinsicht ist die Geduld der Arbeiter zu Ende. Sie werden allen Versuchen, sie vollends auf das Lebens- und Rechtsniveau chinesischer Kulis herabzudrücken, mit schärfstem Nachdruck entgegentreten.

\* \* \*

Inzwischen ist die Regierung durch die Verordnung vom 5. September 1932 den Wünschen der Unternehmer entgegengekommen. Die dadurch entstandene Unsicherheit im Tarifrecht ist durch die späteren Auslassungen des Reichsarbeitsministers nur noch vergrößert worden. Die Auffassung der Gewerkschaften, die wir in Nr. 40 und 41 der „Gewerkschaft“ zum Ausdruck brachten, ist bisher von keinem deutschen Gericht widerlegt worden. Trotzdem hat es der Reichsarbeitsminister für angezeigt gehalten, seine Meinung nunmehr in einer Verordnung niederzulegen, die unterm 3. Oktober 1932 als „Dritte Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ erlassen worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (RGBl. I S. 433) § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1. Die Erfüllung des Arbeitsvertrages nach Maßgabe der Verordnung vom 5. September 1932 gilt als dem Tarifvertrag entsprechend. Kampfmaßnahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durchführung der Verordnung durch eine andere Tarifvertragspartei oder eines ihrer Mitglieder gelten als Verletzung des Tarifvertrages.

§ 2. Die Verordnung tritt mit Rückwirkung auf den 15. September 1932 in Kraft.“

Was ist durch diese Verordnung an der bisherigen Rechtslage geändert worden? Wir erklären eindeutig: nach unserer Auffassung nicht das mindeste! Schon in Nr. 40 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist darauf hingewiesen, daß, selbst wenn der Reichsarbeitsminister seine Meinung in einer Rechtsverordnung niederlegen würde, diese nicht durch § 13 der Verordnung vom 5. September 1932 getragen wäre, weil es sich wiederum nicht um eine Ergänzung, sondern um eine Aenderungs- und Erweiterung handeln würde. Daß Durchführungsverordnungen des Reichsarbeitsministers sich im Rahmen der Gesetze und der ihm erteilten Ermächtigung bewegen müssen, hat ja das Reichsarbeitsgericht seinerzeit in der Entscheidung über die Ruhrsperre zweifelsfrei ausgesprochen.

Die Verordnung vom 5. September gestattet dem Arbeitgeber eine verminderte Erfüllung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden arbeitsvertraglichen Verpflichtungen. Weder die Verordnung vom 4. September, noch die Verordnung vom 5. September geben aber dem Reichsarbeitsminister das Recht,

diese Erfüllung des Arbeitsvertrages als „dem Tarifvertrag entsprechend“ zu bezeichnen, noch viel weniger das Recht, eine Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften bei Kampfmaßnahmen gegen die Durchführung der Verordnung zu konstruieren. Ob eine Friedenspflicht gegenüber den Lohnkürzungsmaßnahmen der Arbeitgeber besteht, bleibt vielmehr nach wie vor eine Frage, die ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Haftung aus den zwischen den Tarifparteien geschlossenen kollektiven Abkommen zu beurteilen ist. Der Tarifvertrag verpflichtet die Gewerkschaften aber nur zur Friedenspflicht gegenüber dem ursprünglichen vertraglichen Inhalt, nicht zur Duldung einer vom Tarifvertrag abweichenden Erfüllung der arbeitsvertraglichen Verpflichtungen.

Die Verordnung des Reichsarbeitsministers ist daher weder eine „Klarstellung“, noch wird sie „in den beteiligten Kreisen jeden Zweifel über die Rechtslage ausschließen und unnötige Streitigkeiten und Prozesse vermeiden“. Klargestellt ist nur, daß der Reichsarbeitsminister eine andere Meinung vertritt als die Gewerkschaften.

Die Rechtslage wird von den Gewerkschaften genau so beurteilt wie zuvor.

Streitigkeiten und Prozesse werden darum bei der nach wie vor strittigen Rechtslage wohl auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein.

Besonders bemerkenswert ist, daß der Reichsarbeitsminister seiner Verordnung sogar rückwirkende Kraft gegeben hat. Würde die Verordnung also Gültigkeit haben, was wir entschieden bestreiten, so würden Schadenersatzansprüche gegen die Gewerkschaften sogar für die Vergangenheit geltend gemacht werden können. Ob auch diese Bestimmung der Vermeidung „unnötiger Streitigkeiten und Prozesse“ dienen soll, lassen wir dahingestellt sein.

\* \* \*

Zum 7. Oktober war nun  
eine Bundesauschussung des ADGB.

einberufen, um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Der Bundesauschuß beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober 1932 für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben ist. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe trifft daher nicht die Gewerkschaften.

Don zahlreichen Verbandsvertretern wurde des Weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer

öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften  
am 18. Oktober 1932

sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papen-Regierung, zwangsläufig ergeben müssen.

## Bankrotte Agrarpolitik trotz Kontingentierung

„Die Reichsregierung hofft den Beweis erbracht zu haben, daß sie zwar die friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern erstrebt, ihr sogar schwere Opfer bringt, daß sie aber nicht gewillt ist, das deutsche Volk in einen kosmopolitischen Urbrei zu verwandeln, der jede nationale Kraft und jedes herzhafteste An-sich-Glauben erstickt. Man spricht in der Großstadt so viel von Börsen, Zinsen, von Diskont und Pfandbriefen, man kalkuliert und kalkuliert, aber man denkt zu wenig daran, daß es im Leben jedes Menschen und jedes Volkes Dinge gibt, die sich nicht zahlenmäßig erfassen lassen. Dazu gehört die Verbundenheit der Menschen mit der Scholle und mit seinem Heimatland, dazu gehört das Gefühl der Ehre und Freiheit.“ (Aus der Münchener Rede des Reichsernährungsministers von Braun.)

Gegenwärtig wird in Deutschland Agrarpolitik getrieben, die die landwirtschaftlichen Probleme vollständig losgelöst von den übrigen wirtschaftspolitischen Fragen betrachtet. Es ist also symptomatisch, daß nicht der Reichswirtschaftsminister, sondern der Ernährungsminister von Braun die agrarpolitischen Pläne der Reichsregierung, die nunmehr verwirklicht werden, begründet hat. Die Rede, deren Schluß oben zitiert worden ist, hat dem Minister starken Beifall der Zuhörer eingetragen. Zur Ehre dieser Landwirte nehmen wir an, daß ihr Beifall der rhetorischen Leistung und nicht der Begründung des Agrarprogrammes der Reichsregierung gegolten hat. Denn da es sich um einschneidende und kostspielige Maßnahmen handelt, wäre eine sorgfältigere und stichhaltigere Begründung am Platze gewesen. Bezeichnend ist es auch, daß es der Minister fertiggebracht hat, den größten Teil des Volkes, der die landwirtschaftlichen Probleme, sagen wir einmal objektiver als der Landbund betrachtet und an eine Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft auf dem Wege, den die Regierung jetzt geht, nicht glauben kann, als vaterlandsfeindlich, als antinational zu diffamieren. Für die organisierten Arbeitnehmer kann gesagt werden, daß sie sich an Vaterlandsliebe bestimmt nicht von dem Ernährungsminister und den Kreisen, deren egoistische Wünsche er zu den seinen macht, übertreffen lassen.

Um die Ernährung des deutschen Volkes mit den Erzeugnissen des deutschen Bodens zu erreichen, ist in den zurückliegenden Jahren eine einseitige Getreidepolitik getrieben worden. Hohe und höchste Zölle hielten die ausländische Konkurrenz zurück und verhalfen der deutschen Getreideerzeugung zu einer künstlichen Rentabilität, denn es waren die Verbraucher der landwirtschaftlichen Produktion, die die Kosten dieser Politik zu tragen hatten. Die auf diese Weise erzielte Wirtschaftlichkeit des Getreidebaues veranlaßte aber viele Landwirte, sich auf die Getreideerzeugung umzustellen, so daß gegenwärtig schon für Deutschland kaum ein Zuschußbedarf an Getreide besteht. Das ist gewiß ein erfreulicher Zustand, sofern er losgelöst von den Zusammenhängen betrachtet wird. Da er aber nicht auf dem Wege des natürlichen Wettbewerbs erzielt wurde, birgt er schwere Gefahren in sich.

Die unter dem Einfluß der künstlichen Preisstützung gestiegene Roggenerzeugung veranlaßte z. B. viele Landwirte, den infolge des verhältnismäßig starken Roggenbedarfs nicht absehbaren Roggen zur Viehfütterung zu verwenden und vor allem die Schweinehaltung auszudehnen. Steigender Schweinebestand und sinkende Massenkaufkraft sind aber unvereinbare Gegensätze, so daß für die Zukunft mit stark sinkenden Schweinepreisen gerechnet werden muß. An einer solchen zwangsläufigen Entwicklung wird auch die Kontingentierung von Speck und Schmalz nichts ändern, weil die wirklichen Ursachen ja in den künstlich hochgehaltenen Getreidepreisen zu suchen sind.

Die mengenmäßige Beschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wird aber eine Anzahl ungünstiger Begleiterscheinungen für die übrige Wirtschaft haben, vor allem die, daß sich die betroffenen Länder zur Wehr setzen, d. h. die deutsche Industrieausfuhr unter Druck setzen werden. Werden aber durch Gegenaktionen des Auslandes Arbeitskräfte im Exportgewerbe frei, dann sinkt in Deutschland die Massenkaufkraft weiter, so daß an die Erzielung besserer Viehpreise überhaupt nicht zu denken ist.

Der Minister sprach in München auch davon, daß die Viehzüchter unter dem Zwang der Verhältnisse versuchen, zur Getreideerzeugung überzugehen. Das ist verständlich, denn die mühelosen Gewinne aus unnatürlich hohen Preisen locken. Aber sind solche Wünsche nicht durch die bisherige Zollpolitik, die die Getreidepreise auf doppelter, ja auf dreifacher Höhe der Weltmarktpreise festhielt, verständlich? Es kann deshalb auch nicht überraschen, daß nunmehr bereits eine Überproduktion an Getreide droht.

Dann sprach der Landwirtschaftsminister davon, daß der inländische Markt mit ausländischen Agrarprodukten „zu Schleuderpreisen“ überflutet wird, weil in der Vergangenheit sich die Handelspolitik an den Bedürfnissen der Industrie orientiert und verschiedentlich die Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse gesenkt habe. Weder das eine noch das andere ist richtig. Aus den Außenhandelsstatistiken ist ersichtlich, daß die Einfuhr von Agrarprodukten seit Jahren fortgesetzt zurückgeht. Von einer Überflutung des deutschen Marktes kann deshalb keine Rede sein. Und wenn es wirklich so wäre, weshalb fordert dann die Landwirtschaft nicht Erhöhung der Zölle, und weshalb erhofft sie jetzt das Heil von der Kontingentierung der Einfuhr? Was die „Schleuderpreise“ anlangt, wirken die Weltmarktpreise gemessen an den übermäßig hohen deutschen Preisen in der Tat billig. Dabei befinden sich unter den Ländern, die für eine Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland in Frage kommen, auch solche, die unter schlechteren Bedingungen produzieren als Deutschland. Mit diesen Ländern erfolgreich zu konkurrieren, müßte also der deutschen Landwirtschaft ohne weiteres möglich sein.

Auf den naheliegenden Gedanken, innerhalb der nationalen Landwirtschaft wie auch im internationalen Rahmen gesunde Wettbewerbsverhältnisse zu schaffen, und auch bei der Landwirtschaft also das Prinzip der Wirtschaftlichkeit zur Geltung zu bringen, ist die Regierung offenbar nicht gekommen. Wenn aber fortgesetzt gegen ein ökonomisches Grundgesetz verstoßen wird, muß damit gerechnet werden, daß sich eines Tages die Eigengesetzlichkeit Geltung verschaffen wird, und dann werden weder Hochschußzölle noch Kontingente noch Einfuhrverbote eine Katastrophe verhindern. Die Reglementierung der landwirtschaftlichen Einfuhr ist die Gipfelleistung einer falschen, weil der Gesamtheit abträglichen Agrarpolitik, einer Politik, die selbst der Landwirtschaft nur vorübergehend Nutzen bringt, und die in Wirklichkeit allen schadet.

Der zweite Teil des Agrarprogramms befaßt sich mit der Zinssenkung für landwirtschaftliche Hypotheken, und zwar wird der Zins für die nächsten zwei Jahre um 2 Proz. vermindert. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die Landwirtschaft von der Substanz zehrt und daß die hohen Zinsen unerträglich seien. So geht es aber bekanntlich der Landwirtschaft nicht allein, denn in Krisenzeiten sind Substanzverluste innerhalb der Wirtschaft gang und gäbe. Auch der Arbeitnehmer, der infolge seines gesunkenen Arbeitseinkommens nicht mehr imstande ist, seine Bekleidung richtig zu unterhalten und zu erneuern, und der an den Ersatz von Einrichtungsgegenständen überhaupt nicht mehr denken kann zehrt von der Substanz, und gar der Arbeitslose, dessen Unterstützung gerade für die Ernährung ausreicht, ist im übrigen vollständig auf die Substanz aus besseren Zeiten angewiesen. Abgesehen von der Rechtsunsicherheit, die sich als Folge des zwangsweisen Eingriffs in geltende Verträge einstellen muß, kann die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zinsen der Landwirtschaft auf die Dauer nicht helfen, zerstört sie doch den landwirtschaftlichen Kredit endgültig und für lange Zeit.

Auch der notverordnete Dollstreckungsschutz wird ungünstige Folgen haben. Es ist z. B. nicht daran zu denken, daß er die Bereitschaft zur Abtragung von Schulden bei der Landwirtschaft steigern wird, oder auf der anderen Seite die Kreditansichten der Landwirtschaft bessert. Aber was das Wichtigste ist: Durch den Dollstreckungsschutz wird der natürliche Ausleseprozeß, der unrentable Unternehmen zum Wohle der Gesamtheit ausschaltet, vollkommen unwirksam gemacht.

Die jetzige Reichsregierung sieht die Hauptprobleme der Landwirtschaft entweder nicht oder will sie nicht sehen. Ihr Programm verflacht allein den egoistischen Wünschen von Interessenten Geltung. Ihre Maßnahmen stoßen deshalb nicht bis an den Krisenherd vor, sondern beschäftigen sich nur mit den Symptomen. Dabei wäre es Zeit, endlich an die vernünftige Umstellung der deutschen Landwirtschaft heranzugehen, um auf diese Weise eine wirkliche „Volkswirtschaft“ zu schaffen, die es bisher ja nur dem Namen nach gibt, auf daß dies seit Jahrzehnten ungelöste Problem der Agrarpolitik nicht zum Schicksal für ein 65-Millionen-Volk wird. Deshalb: Die gekennzeichneten agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung von Papen mögen gewissen politischen Zwecken dieser Regierung dienen, dem kranken Wirtschaftskörper insbesondere aber auch der Landwirtschaft werden sie bestimmt nicht zur Heilung verhelfen.

## Die Finanzlage der Gemeinden

„Der deutsche Kommunalkredit kann keine Erschütterungen mehr vertragen.“ Mit diesem Werturteil schließt eine der angesehensten wirtschaftspolitischen Zeitschriften, der von Gustav Stolper herausgegebene „Deutsche Volkswirt“, seine Betrachtungen über die Ley Frankfurt—Köln ab, durch die das preußische Staatsministerium die Stundung der Verpflichtung zur Rückzahlung von 70 Millionen Mark Schatzanweisungen der genannten Städte vom 30. September auf den 31. Dezember 1932 verordnet hat. In der Tat: Es ist schlimm. Die einfachsten Begriffe des kapitalistischen Geldverkehrs kommen ins Wanken. Schlimmer aber ist, daß dieser Vorgang nur mühsam den Zusammenbruch der gesamten kommunalen Finanzwirtschaft Deutschlands verschleierte. Es dürfte in Deutschland immerhin einige zehntausend Bürgermeister geben, die in den letzten Stunden vor den Jahrestagen für Unterzählungen, Gehälter und Löhne bei allen möglichen und unmöglichen Stellen unterwegs sind, um Geld zu machen. Das sind die Vorsteher derjenigen Gemeinden, die es mit ihren Verpflichtungen ernst nehmen. Wie es in den kleinen und kleinsten Gemeinden aussieht, davon spricht kein Mensch. Wir kennen manche ländliche Arbeiterwohnortsgemeinde, in der die Fürsorgeleistungen schon längst nicht mehr nach den Richtsätzen der Bezirksfürsorgeverbände gezahlt werden. Wären nicht die Landgemeinden im Genuße eines interkommunalen Lastenausgleiches, der ihnen die Polizeilasten zu 100 Proz., die Wegelasten zu 95 Proz. und die Schullasten zu 90 Proz. abnimmt, man könnte sich kaum vorstellen, wie diese Gemeinden leben sollten.

Leider sind wir nicht in der Lage, uns über das kommunale Finanzproblem in Deutschland ein auf wissenschaftlicher Grundlage beruhendes Urteil zu bilden. Wir kennen dazu die statistischen Tatsachen zu wenig. Eine von Reichs wegen geleitete Finanzstatistik gab es früher nicht. Nur soweit die Groß- und Mittelstädte eigene statistische Ämter hatten, der Städtetag statistische Erhebungen durchführte und private wissenschaftliche Leistungen das Ermöglichen, ist ein Vergleich zwischen dem Heute und der Vergangenheit möglich. Muß man sich erinnern, daß es des Druckes der Reparationskommission und der öfteren Bemängelungen des Reparationsagenten unseligen Angebens bedurfte, um es zu einem Ausbau der deutschen Statistik und im Zusammenhang mit der Vorbereitung des sogenannten endgültigen Finanzausgleiches zu der Verordnung über Finanzstatistik vom 9. Februar 1926 kommen zu lassen? Seitdem sind viele wertvolle Veröffentlichungen über die Finanzwirtschaft der öffentlichen Verwaltung in Deutschland ins Land gegangen. Sie hatten meistens den Nachteil, der Entwicklung um mehrere Jahre hintennach zu hinken. Diesen Mangel versucht das Statistische Reichsamt durch Sonderhefte zu der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ auszugleichen, von denen Nr. 9 über „Die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände“ unmittelbare Aktualität beanspruchen kann. Wenn wir uns im nachfolgenden bei der Behandlung unseres Themas auf diese Arbeit stützen, so sehen wir von einer Kritik der darin enthaltenen Zahlen ab, weil das Statistische Reichsamt auf eine Befugung der Berechnungsgrundlagen verzichtet hat. Daß eine solche Kritik immerhin wünschenswert ist, zeigen die Angaben in der Arbeitslosenfrage. Bekanntlich operiert die offizielle Statistik mit einer Arbeitslosenzahl von 5,24 Millionen Menschen. Das Institut für Konjunkturforschung hat jedoch die Arbeitslosenziffer auf 7,16 Millionen Menschen berechnet, indem es nach der deutschen Produktionsstatistik die Totalzahl der aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Arbeitnehmer festsetzte. Ähnliche Abweichungen zeigt auch das vorliegende Sonderheft des Statistischen Reichsamtes. So gibt das wegen seiner Zuverlässigkeit bekannte Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1931 die Gemeindeausgaben für Wohlfahrtserwerbslose und Krisenfürsorge bedeutend höher an (a. a. O. S. 74) als das Statistische Reichsamt (a. a. O. S. 8).

Einen Mangel des Sonderheftes des Statistischen Reichsamtes über die Finanzlage der Gemeinden glauben wir allerdings vorweg nicht verschweigen zu dürfen. Die Arbeit läßt jede Angabe darüber, welchem Material die gebrachten Zahlen entstammen, vermessen. Man kann nicht erkennen, ob es sich für die Statistik aus 1928/29 um die Zahlen der von den Rechnungsprüfungsbehörden geprüften Rechnungen, für die Entlastung erteilt worden ist, handelt, ob für 1929/30 nur die von der Gemeindehauptkasse aufgestellte Rechnung zugrunde gelegt worden ist, ob man für 1930/31 den von den Beschlußbehörden genehmigten Haushaltsplan benutzt hat, ob etwa für 1931/32 der von Staatskommissaren verfügte Zwangsetat zur Hand genommen worden ist und ob für das Rech-

nungsjahr 1932/33 der Haushaltsplan oder der Haushaltsplanelwurf angenommen worden ist, Unterschiede, von denen jeder Sachkennner weiß, daß sie in den genannten Jahren von geradezu fundamentaler Bedeutung sein können.

Der reine Finanzbedarf des Gemeindehaushalts für das Rechnungsjahr 1929/30 betrug 8030 Millionen Mark. An speziellen Deckungsmitteln standen dem Gemeindehaushalt 2633 Millionen Mark zur Verfügung. Die Gemeinden sind steuerlich so schlecht gestellt, daß sie trotz prozentual höherer Verwaltungseinnahmen und Einnahmen aus Erwerbsvermögen ein verhältnismäßig höheres Defizit aufweisen als der Gesamtstaatshaushalt. — Diese Parastellung der Gemeinden wird besonders deutlich, wenn man sich die Entwicklung des reinen Finanzbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände in den letzten vier abgeschlossenen Etatjahren vergegenwärtigt. Er betrug:

|         |       |                |  |         |       |                |
|---------|-------|----------------|--|---------|-------|----------------|
| 1928/29 | ..... | 7645 Mill. Mk. |  | 1930/31 | ..... | 7660 Mill. Mk. |
| 1929/30 | ..... | 8030 Mill. Mk. |  | 1931/32 | ..... | 6500 Mill. Mk. |

Das ist gegen 1928 eine Verminderung um 15 Proz. Sehr richtig bemerkt das Statistische Reichsamt dazu: „Für das Rechnungsjahr 1932/33 kann mit einem reinen Finanzbedarf von etwa 5900 Millionen Mark gerechnet werden. Damit wird in diesem Jahr trotz der vervielfachten Wohlfahrtslasten der reine Finanzbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände unter den Stand von 1926/27 zurückgebracht werden. Läßt man das Wohlfahrtswesen außer Betracht, so ergibt sich, daß der Betrag für die übrigen Verwaltungszweige des Kammereishaushalts weit unter den von 1925/26 zurückgehen wird.“ Das heißt mit dürren Worten, daß das Etatvolumen für die eigentlichen gemeindeeigenen Aufgaben auf den Stand von 1925 zurückgesunken ist. Wer bedenkt, welche Entwicklung die Kommunalwirtschaft nach der Inflation genommen hat, kann darin das ganze Bild des Zusammenbruchs sehen.

Denn es ist ja nicht so, wie es die „Wirtschaft“ und ihre Anhänger gern hinzustellen belieben, als ob die Gemeinden sich auf allen Gebieten nur Zugausgaben leisteten, die hinter den Aufgaben des Reichs und der Länder zurückzustehen hätten. Wir sind dem Statistischen Reichsamt großen Dank dafür schuldig, daß es einmal das Verhältnis der Gemeindefinanzwirtschaft zur gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft feststellt. Daraus ergibt sich, daß im Rechnungsjahr 1929/30 im Wohnungswesen 75 Proz. des reinen Finanzbedarfs der gesamten öffentlichen Verwaltung auf die Gemeinden entfielen. Für Verkehrswesen betrug der Gemeindeanteil 69,6 Proz., für Wohlfahrtswesen 68,9 Proz., für Schulwesen 50,7 Proz., für die allgemeine Verwaltung 39,3 Proz., für die Polizei sogar noch 30,3 Proz. Nicht weniger als 54 Proz. aller Sachausgaben der öffentlichen Verwaltung werden von den Gemeinden geleistet, während von der persönlichen Ausgabe nur 39,6 auf sie entfallen. Wie unsinnig ist es also, die Gemeindefinanzen mit dem Mittel der Gehaltskürzungen sanieren zu wollen! Selbst in den Ländern ist das Verhältnis der Gemeindefinanzwirtschaft zur Finanzwirtschaft der Länder zugunsten der Gemeinden gestaltet worden. In Preußen war der Gemeindeanteil am Zuschußbedarf des Haushalts von Landgemeinden und Gemeindeverbänden 67,4 Proz., in Sachsen 63,5 Proz., in Württemberg 54,7 Proz., in Baden 53,3 Proz. Trotz des besonderen Schullasten- und Polizeilastenausgleiches, den diese Länder geschaffen haben, ist die Rolle des Gemeindehaushalts im Gesamtländershaushalt größer als die Rolle der Einnahmen und Ausgaben des Landes. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Funktion des Erwerbsvermögens, auf die wir wegen der Beschränkung des zur Verfügung stehenden Raums nur aufmerksam machen wollen (a. a. O. S. 15/17).

### Die Ausgaben der Gemeinden in der Krise.

Jedermann weiß, wie die Gemeinden heute unter der Last der Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen leiden. Die Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen ist leider erst Ende August 1930 begonnen. Nach den Angaben, die wir dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931 und der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Jahrgänge 1931 und 1932 entnommen haben, hat sich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wie folgt entwickelt. 31. Oktober 1930 726 242, 31. Dezember 1930 877 514, 31. März, 1931 1 030 166, 30. Juni 1931 1 098 388, 30. September 1931 1 299 264, 31. Dezember 1931 1 697 345, 31. März 1932 2 122 258, 30. Juni 1932 2 341 873, 31. Juli 1932 2 420 000.

Dem entspricht die Entwicklung des Zuschußbedarfs des Wohlfahrtswesens. Es wurden ausgegeben:

|         | Wohlfahrtswes.<br>insgesamt | Wirtschaftl.<br>Fürsorge | Krisenfürsorge | Wirtschaftl. u.<br>Krisenfürsorge |
|---------|-----------------------------|--------------------------|----------------|-----------------------------------|
| 1928/29 | 1472                        | 986                      | 33             | 1019                              |
| 1929/30 | 1593                        | 1097                     | 34             | 1132                              |
| 1930/31 | 1922                        | 1413                     | 74             | 1488                              |
| 1931/32 | 2255                        | 1675                     | 175            | 1850                              |

Gegenüber 1928/29 beträgt die Steigerung Ende 1932 bei der wirtschaftlichen Fürsorge 68,9 Proz., bei der Krisenfürsorge 427,1 Proz. Das sind phantastische Zahlen. Aber in den Großstädten beträgt die Steigerung bei der wirtschaftlichen Fürsorge schon Ende 1931 43,5 Proz., bei der Krisenfürsorge 122,4 Proz. Der Anteil des Zuschußbedarfs für die wirtschaftliche und Krisenfürsorge am Gesamtzuschußbedarf hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

Beinahe schlimm ist es mit den Ausgaben, die die Gemeinden für den Schuldendienst zu machen haben. Die Gemeinden waren am Ende des Rechnungsjahres 1931/32 mit 11,3 Milliarden Mark verschuldet. Schon 1930 war der Schuldendienst im Reichsdurchschnitt um 30,6 Proz. gestiegen. Gaben die Gemeinden 1928/29 388,7 Millionen Mark für den Schuldendienst aus, so betrug diese Ausgabe 1931 600 Millionen Mark. Die Gründe dafür sind bekannt, sie sind in den außerordentlichen Kosten der kurzfristigen Verschuldung der Gemeinden zu suchen.

Fast ebenso groß wie der Wohlfahrts-Haushalt war vor der Krise der Personalhaushalt. Infolge der Gehaltskürzungen aber ging er von 2264 Millionen Mark im Jahre 1929/30, wo er seinen höchsten Stand erreicht hatte, auf 1930 Millionen Mark im Jahre 1931/32 zurück. Das bedeutet eine Ausgabeminderung gegenüber 1928/29 von 12,5 Proz. Daß sie trotz der Gehaltskürzungen nicht größer ist, erklärt sich aus dem Umstand, daß der Besoldungshaushalt der Gemeinden seinen Beharrungsstand noch nicht erreicht hat und durch den Aufstieg der Beamtenschaft in der Gehaltskala ein Teil der Kürzungen durch erhöhte Grundgehälter weggenommen wird. (Vergleiche insbesondere die interessante Darstellung a. a. O. S. 11, 2. Spalte.)

Ganz katastrophal hat die Krise in der eigentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden gewüßt. 1928 betragen die Aufwendungen der Gemeinden für Grundstückskäufe, Neubauten, Darlehen, Fondsbildung usw. 2128 Millionen Mark. 1931/32 waren sie auf 530 Millionen Mark gesunken. Sie hatten sich um 75,1 Proz. vermindert.

So ist das Bild der Ausgabewirtschaft der Gemeinden im ganzen ein außerordentlich betäubendes. Die lebendige Wirtschaft und die werktätigen Menschen leiden und entbehren, der Schuldendienst steigt, die Wohlfahrtslasten nehmen groteske Dimensionen an, aber die Not wird nicht kleiner, sondern größer.

## Russische Reise 1932

Alles ist Propaganda. Trotzdem ist die Propaganda höchst intensiv und vorbildlich in ihrer Einfachheit und Klarheit. Eigentlich ist alles, was geschieht und getan wird, Propaganda, Aufklärung und Erziehung. Ueber den Altären mancher Kirchen sind Transparente gespannt, in den Kinos, den Theatern, Leseräumen, Aufklärungsplakate in den Arbeiterklubs und Erholungsheimen, die in den ehemaligen Villen der reichen Leute eingerichtet sind. Arbeiter können hier ihre Ferien verleben. Liebe, alte Mütterchen schlafen unter leichtsinnigen Gemälden, die noch an den Wänden hängen. Diese Verwendung der Villen ist durchaus zweckmäßig und gut. Die Volks- und Kulturparks, die jede Stadt hat, und die in diesen heißen Sommertagen sehr stark besucht sind, dienen in hervorragendem Maße dieser Aufgabe. Hier gibt es ganze Alleen mit aufklärenden Plakaten und lustigen Figuren aus Gips, Pappe oder Blech, die einen fatten Kulaken oder Nepmann oder einen kriegerischen General usw. darstellen. Diese Kulturparks, die, wie der Moskauer, sehr großzügige und schöne Anlagen sind, haben gedeckte Hallen für Theater und Kinovorführungen, Ausstellungsräume, Konzertpavillons, große Sportplätze, eine ganze Kinderstadt mit Spielplätzen, Kinderhort usw. wie in Moskau. Hier findet öffentliches Singen statt: einer singt vor und die Menge singt nach. Ein weiter Tanzplatz ist da, auf dem sich Gruppen zu Massen- und Reigentänzen vereinigen. Hier sind junge und frohe Menschen. Belehrung über den Gaschug ist sehr beliebt.

## Die Einnahmen der Gemeinden in der Krise.

Gliedert man die Einnahmen der Gemeinden nach Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldenaufnahme, Darlehen, Fonds, Erträge aus dem Erwerbvermögen und Steuern, so sind die Verwaltungseinnahmen und die aus Erwerbvermögen fast stabil geblieben, die übrigen aber bedeutend zurückgegangen. Die Einnahmen aus Mitteln des Geld- und Kapitalmarktes sanken 1931/32 gegenüber 1928/29 um 75,5 Proz., die aus Reichsteuerüberweisungen um 33,5 Proz. Das Zickzack in der Realbesteuerung, die Einführung der sogenannten Notverordnungssteuern (Bürgersteuer, Getränkesteuer, Gemeindebiersteuer), die Erhöhung der Gebühren, wie z. B. der Schulgelber, die Erhöhung der Umsatzsteuer samt Beseitigung des umsatzsteuerfreien Minimums hat im ganzen den Rückgang sämtlicher Einnahmen und das Steigen des Defizits nicht aufhalten können. „Die Reichsteuerüberweisungen deckten 1928/29 32 Proz. des Zuschußbedarfs, 1929/30 29,6 Proz. und 1930/31 nur mehr 26,3 Proz. Im Rechnungsjahr 1931/32 erreichten sie kaum 23 Proz.“ „Setzt man die Reichsteuerüberweisungen in Verbindung zum Zuschußbedarf des Wohlfahrtswesens, so kann man feststellen, daß diese Steuern bis 1929/30 den Zuschußbedarf des Wohlfahrtswesens deckten. Im Rechnungsjahr 1930/31 entsteht dann zwischen beiden eine große Spanne, noch erreichen die Reichsteuerüberweisungen aber den Zuschußbedarf der wirtschaftlichen Fürsorge; im Rechnungsjahr 1931/32 reichen die Reichsteuerüberweisungen aber auch hierzu nicht mehr aus.“ Diesen Feststellungen des statistischen Reichsamtes braucht man nichts hinzuzufügen.

## Der Abgleich des Gemeindehaushalts.

Daß unter diesen Verhältnissen der Gesamthaushalt der Gemeinden steigende Fehlbeträge aufweisen muß, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß der Abgleich des Haushaltes mit den bisherigen Mitteln nicht erreicht werden kann. Lieben dem bisherigen Begriff des Abgleiches tritt der Abgleich. Das heißt das, was trotz aller Streichungen an außerordentlichen Zuschüssen notwendig wird. Durch die Notverordnungen des Reiches vom 5. Juni und 6. Oktober 1931 haben die Länder zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden eine Reichshilfe von 222 Millionen Mark erhalten. Die Reichshilfe für das Rechnungsjahr 1932/33 stellt sich auf 672 Millionen Mark. Die Landeshilfen betragen etwa 20 Millionen Mark. Trotzdem bleibt allein für 1931/32 ein Fehlbetrag von über 500 Millionen Mark.

Leider sind mit diesen Beihilfen des Reiches auch schwere Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung erfolgt, durch die eine außerordentliche, über die Normen des kommunalen Verfassungsrechtes hinausgehende Staatsaufsicht angeordnet worden ist. Nicht nur die Finanzen, sondern auch das Recht der Gemeinden ist von der Krise aufs schwerste getroffen. Es werden außerordentliche Anstrengungen notwendig sein, um die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland wiederherzustellen. Hoffen wir, daß es dazu noch nicht zu spät ist.

Diese Kulturparks sind ausgezeichnete und geschickte Einrichtungen. Diese Distrikte der großen Städte haben ihre Arbeiterkulturhäuser mit Vortragssälen, Bibliotheken, Kinosaal usw., die jährlich Zehntausende durchlaufen. Das Jussupow-Palais in Leningrad, in dem Kasputin ermordert wurde, ist auch ein solches Klubhaus. Das Bildungsmonopol ist in Rußland völlig aufgehoben. Es kann jedes Arbeiterkind sämtliche Schulen durchlaufen bis zur Universtität, je nach der Begabung. Es gibt eine große Zahl von Schulen und Universtitäten. Der Bildungswille ist sicherlich stark. Trotzdem beschleicht einem manchmal das Gefühl, es könnte zuviel erzogen, belehrt und gelehrt werden. Sind denn in ausreichendem und gutem Maße Erzieher da? Vorzüglich sind die Museen als Belehrungsanstalten eingerichtet. Ein Muster dafür ist das Moskauer Revolutionsmuseum, das in riesiger Fülle und historischer Folge dem Besucher den revolutionären Weg Rußlands an Hand zahlreicher Dokumente, aber auch mancher Kitzschilder, vor Augen führt. Das ist bester Anschauungsunterricht und Beispielgebung für den Einheimischen — er sieht die Vorbilder in Bild und Wort — aber darüber hinaus gibt dieses Museum dem Fremden das Gefühl, ja mehr noch das Bewußtsein von der elementaren revolutionären Kraft dieses Volkes. Und man fragt sich schließlich nur: sind nun alle Revolutionen zu Ende, war das die letzte? Der Platz vor dem Winterpalais in Leningrad, wo alle Revolutionen begannen und endeten, ist aufgerissen und wird asphaltiert. Wird er nicht zu glatt für neue Revolutionen?

Die Macht der Kirche ist in den Großstädten gebrochen. Die großen Kathedralen sind Staatseigentum und in antireligiöse

## Tarifikündigung durch die MITROPA.

Die Direktion der Mitropa hat in der zurückliegenden Zeit nichts versäumt, um den Lohnabbau ihrer Beschäftigten durchzuführen. Nunmehr glaubt sie auch die anderen Bestimmungen des Tarifes in ihrem Sinne gestalten zu können. Zu Ende Oktober hat sie den Mantel- und Lohnarif für das gewerbliche Personal gekündigt. Den am Vertrag beteiligten Organisationen sind inzwischen die Abänderungsvorschläge der Direktion übermittelt worden. Sie lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Direktion bestrebt ist, weitestgehend von bestehenden tarifvertraglichen Bindungen befreit zu werden. Dabei wird das Personal sicher so eingeschätzt, daß jeder Beschäftigte es schon für eine Wohltat ansehen soll, wenn er bei der Mitropa arbeiten darf und deshalb auf alle rechtlichen Ansprüche an die Firma verzichten könnte. Von diesem Gedankengang ausgehend legt die Direktion großen Wert darauf, für den größten Teil ihres Personals eine recht lange Arbeitszeit beizubehalten. Es ist in der Abänderungsvorlage nichts darüber enthalten, daß für das Personal wenigstens die 48stündige Arbeitszeit wieder zur Einführung gelangt, um somit endlich von der 54-Stunden-Woche loszukommen. Ueber die letztere Arbeitszeit hinaus sind für die Schlafwagenschaffner noch Arbeitsbereitschaftszeiten vorgesehen. Auch daran soll nach Ansicht der Direktion nichts geändert werden. In diesen Fragen stellt sich die Direktion auf einen völlig entgegengegesetzten Standpunkt, wie ihn die gegenwärtige Reichsregierung vertritt. Die so dringend notwendige Arbeitsbeschaffung ist der Direktion anscheinend heikler, denn sonst könnte sie unmöglich an der ausgedehnten Arbeitszeit festhalten wollen. Wir weisen hierauf besonders hin, weil dieselben Herren früher immer sehr viel Verständnis für die Maßnahmen der Reichsregierung zeigten, merkwürdigerweise jetzt von den gegenwärtigen Bestrebungen gar nichts wissen wollen. Es wird bei den kommenden Verhandlungen Aufgabe der Gewerkschaften sein müssen, der Direktion zu zeigen, daß auch sie notwendigen Maßnahmen Rechnung tragen muß.

Dornehmlich strebt die Direktion die Verschlechterung der bisherigen Urlaubsbedingungen an. Nach ihrem Vorschlag soll künftig nicht mehr der volle Lohn während des Urlaubs gezahlt werden, sondern nur noch 70 Proz. davon. Ein solches Verlangen würde unserer Auffassung nach nicht gestellt werden, wenn es zur Folge hätte, daß auch die Direktoren mit diesem Prozentsatz des Gehalts ihren Urlaub nehmen sollten. Dem Personal gegenüber glaubt man aber zumuten zu dürfen, auf 30 Proz. des Lohnes während des Urlaubs zu verzichten. Besser und deutlicher konnte wohl das soziale Verständnis der Leistung dem Personal gegenüber nicht illustriert werden. Diese Maßnahme genügt aber noch nicht. Durch Einführung eines Sperrjahres für die Urlaubsgewährung wird eine weitere Urlaubsverschlechterung angestrebt. Um den langjährig Beschäftigten besonders zu zeigen, wie gut sie bei der Direktion angesehen sind, wird obendrein von ihr

verlangt, die letzte Urlaubsstaffel „18 Kalendertage“ zu streichen und somit 14 Kalendertage als Höchsturlaub bestehen zu lassen. Ferner sollen die Beträge, welche als Entschädigung für den Ausfall der Prozente dem Fahrpersonal während des Urlaubs gezahlt wurden, herabgesetzt werden. Alles, was hier an Verschlechterungen geplant ist, würde bei Annahme dieser Vorschläge zu einer völligen Zerstörung des Begriffs „Urlaub“ führen müssen. Anstatt einer Erholung würde eine zwangsläufige Verschlechterung der Lebenshaltung während des Urlaubs für die Beschäftigten eintreten.

Dann soll eine neue Bestimmung Aufnahme finden, wonach für Arbeitnehmer, deren Arbeitskraft durch Alter, Invaldität oder besondere Verhältnisse beeinträchtigt ist, die Bezahlung grundsätzlich nach ihren Leistungen zu erfolgen hat. Bei Meinungsverschiedenheiten soll der Gruppenrat mitwirken. Eine solche Bestimmung würde bei der Mitropa sicher dazu führen, daß für einen Teil der Beschäftigten untertarifliche Löhne gezahlt würden, ohne daß eventuell eine zwingende Notwendigkeit dafür vorliegt. Es würde in der Praxis auch sehr fraglich sein, ob jeweilig eine passende andere Stelle zur Verfügung steht und würde demzufolge die Weiterbeschäftigung des Betroffenen in seinem alten Posten erfolgen mit dem Unterschied, daß ihm der Tariflohn nicht mehr gezahlt wird.

Die Löhne sollen von der gegenwärtigen Kündigung unberührt bleiben, dagegen sollen verschiedene andere Bestimmungen des Lohnarifvertrages Verschlechterungen erfahren. So wird u. a. auch verlangt, daß der prozentuale Aufschlag für Arbeiten an Wochenfeiertagen für das sonstige gewerbliche Personal zu streichen sei.

An diesen nur auszugsweise wiedergegebenen Verschlechterungsanträgen mögen die Beschäftigten der Mitropa erkennen, daß sie nur in der Lage sind, durch einen festen gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Direktion einen entsprechenden Widerstand zu leisten. Von Seiten der beteiligten Verbände wird selbstverständlich alles getan werden, um diese geplanten Maßnahmen zu verhindern. Soll aber dieses Ziel in vollem Umfange erreicht werden, dann ist es Pflicht des gewerblichen Personals der Mitropa, daß es geschlossenen den in Frage kommenden Organisationen beitrifft.

W. R.

### Nazi-Vaterunser

|   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| Unser Adolf, der du bist in München —   | Führe uns nicht in Versuchung des |
| Der Geldsack wird durch dich geheiligt, | selbständigen Denkens,            |
| Das Dritte Reich komme zu uns;          | Sondern erlöse uns von dem Uebel  |
| Der Wille aller Ausbeuter               | des Marxismus;                    |
| Wird durch dich vollstreckt. Heute      | Denn dein ist das Dritte Reich,   |
| Unseren täglichen Schwindel gib uns     | Das große Einkommen und das große |
| Und entferne aus dem unseren das        | Maul in Ewigkeit!                 |
| bisshen Verstand, das noch da ist.      | Amen.                             |

Museen umgewandelt worden, wie die Isaak-Kathedrale in Leningrad oder die entzückende Wajsski-Kathedrale am Roten Platz in Moskau. Kirchen wurden Klubs, Kinos, Filmfabriken usw. Sie wurden abgerissen, um Baumaterial zu gewinnen. Wenn man dazu bemerkt, daß Moskau allein ungefähr 360 Kirchen hatte, so wird diese Maßnahme vielleicht verständlich. Nur in kleinen Kapellen wird noch Gottesdienst abgehalten, während auf dem Lande sich kaum etwas in dieser Hinsicht geändert hat.

Leningrad und Moskau, die alte und die neue Hauptstadt des Reichs: der Gegensatz der beiden Städte ist sehr stark. Leningrad, die Zarenhauptstadt, ist eigentlich erst zweihundert Jahre alt. Barock und Empire bestimmen den Charakter der Stadt. Peter der Große bestimmte ihre Eigenart, wie sie heute noch gültig ist. Die Weitläufigkeit der Anlage am Winterpalais, der Eremitage mit ihren herrlichen Bilderschatzen, der Isaak-Kathedrale, die großzügige Hauptstraße, der Prospekt des 25. Oktober, der sich dem Gebäudekomplex der Admiralität vorlagert, gegenüber dem Winterpalais, auf der anderen Seite der Newa die Peter-Pauls-Festung, das alles macht das Gepräge der Stadt aus, und zwar einer neueren, lustigen, durchaus westlichen Stadt. Ganz anders Moskau. Es hat im eigentlichen Sinne keinen Plan, sondern ist die Ansammlung einer riesigen Siedlung. In Ringen legt sich die Stadt um den Kreml, eine Chinesenmauer, um dann in dörfliche Dörfer auszulaufen und sich zu verlieren. Der Kreml, auf einem Hügelplateau an der Moskwa gelegen, bestimmt und beherrscht die Stadt. Seine riesige Mauer, die das ganze Plateau umschließt, mit seinen 19 Türmen — einige von ihnen tragen heute noch auf

ihrer Spitze den Doppeladler mit Krone, frisch vergoldet — ist Tatarentum, obwohl sie im Mittelalter von italienischen Baumeistern nach italienischem Muster gebaut wurde. Dieses Natur- und Bauwerk: Fluß, Mauer, Hügel, darauf Schlösser, Kasernen und Kirchen, das ist Asiatenwerk. Hier ist Europa kulturell zu Ende. Hier ist der äußerste Osten, der noch zum Westen gehört. Mit und hinter dieser Stadt beginnt kulturell Asien, der Ferne Osten. Wir stehen auf der Höhe des Lenin-Parks, dort, von wo Napoleon vor reichlich hundert Jahren Moskau brennen sah; der Eindruck ist übermächtig. Weit weg die große Stadt mit vielen Türmen und Spigen, davor die flache Niederung des Flusses, der sich am Fuß des Höhenzuges, auf dem wir uns befinden, entlang schlängelt. Vor diesem Blick entsteht ein Gefühl für Unendlichkeit. Ob wirklich oder übertragen, Moskau liegt am Rand der Steppe. Und Steppe ist die Unzahl von Staub, Sand und trockenem Oedland, das ewig unfruchtbare. Der „Rote Platz“ vor der Kremelmauer ist in seiner Weite und Schlichtheit eine großartige Anlage, die in nächstlicher Beleuchtung eine bezwingende Gewalt ausübt. In der Mitte liegt das Lenin-Mausoleum, ein einfacher Sockelaufbau aus schwarzem und rotem Granit, düster, streng, ein würdiges Mal des ersten Mannes des neuen Rußland. In der Gruft, die täglich Hunderte besuchen, ist Lenin unter einer Glasvitrine aufgebahrt. An der Flußseite des Platzes erhebt sich die Wajsski-Kathedrale, ein Rokokowunder russischer Baukunst in Weiß, Rot und Blaugrün. Die ehemalige „innere Stadt“ ist ebenfalls mit einer Mauer umgeben, der „Chinesenmauer“ aus dem 16. Jahrhundert, einem unregelmäßigen Rechteck mit Türmen und Kapellen.

## Ein Kongreß in Frankreich

Wer ginge jetzt nicht mit gespannter Erwartung nach Frankreich, da die außenpolitischen Beziehungen zwischen diesem Land und Deutschland sich so versteift haben, wie sie seit Jahren nicht mehr gewesen sind, da die Fragen der Abrüstung und der deutschen Gleichberechtigung gleichermaßen die Gemüter diesseits und jenseits des Rheins aufwühlen, da eine einflussreiche Presse hüben wie drüben das andere Land als das Hemmnis zur Abrüstung, als ein Hindernis zur Befriedung Europas und zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Welten hinstellt? Welchen Eindruck wird einem vor allem die Möglichkeit verschaffen mit Arbeitskollegen von drüben, mit Genossen der gleichen Bewegung einige Tage intensiv verkehren zu können? Eine solche Gelegenheit bot der Besuch des *Verbandstages der französischen Gemeindearbeiter in Grenoble* vom 8. bis 11. September. Vielleicht war unser Interesse für diese allgemein politischen Fragen, denen so große Bedeutung zukommt, intensiver als für die rein gewerkschaftlichen Probleme, mit denen sich der Kongreß zu beschäftigen hatte. Wie fände man denn auch eine bessere Gelegenheit, Meinung und Stimmung des französischen Volkes aus allen Teilen des Landes über Deutschland kennenzulernen als bei einer derartigen Tagung, zu der Vertreter aus den großen und kleinen Städten des ganzen Landes zusammenkommen?

So wäre hier eigentlich über zweierlei zu berichten, über den Verbandstag selbst und über die Stimmung des französischen Volkes gegenüber Deutschland — und wenn Raum genug zur Verfügung stände, auch über die Kommunalpolitik einer Stadt wie Grenoble mit 90 000 Einwohnern, die, trotzdem sie Universitätsstadt ist, seit 1919 ununterbrochen eine *sozialistische Mehrheit* aufweist.

Unsere deutschen Kollegen, die ihre „Gewerkschaft“ regelmäßig lesen, kennen den unserer Berufsinternationale angeschlossenen französischen *Verband des Gemeindepersonals*. Er umfaßt jetzt rund 50 000 Mitglieder und gehört somit zu den größten und besten Organisationen der französischen Gewerkschaftsbewegung. Sein Generalsekretär *Ernest Michand* ist Mitglied der Geschäftsleitung der Internationale, ein Mann von mustergültigem internationalem Geist und ein Bewunderer der deutschen Bewegung.

Die Grenobler Tagung war in ihrem Verlauf so französisch wie nur möglich. Man muß an sie andere Maßstäbe anlegen als an deutsche Kongresse. Anderthalb Tage vergingen mit der Diskussion des schriftlich vorliegenden Geschäfts- und Finanzberichts. Die Aussprache war leidenschaftlich bewegt. Einmal konnte man glauben der Kongreß fliegt auf. Ein Redner wurde durch den wilden Aufruhr der empörten Kollegen gehindert zu Ende zu sprechen, weil er ihnen zu gemäßigt sprach. Selbst das

Eintreten des bei allen in höchstem Ansehen stehenden Generalsekretärs für die Redefreiheit vermochte nichts auszurichten. Im Verlauf der Tagung mußte er so noch ein zweites Mal eingreifen, und dann mit Erfolg. Was da vor sich ging, hatte ich, nachdem die stürmischen Jahre der bitteren Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Kommunisten in den Gewerkschaften von 1919 bis 1922 vorüber sind, nicht mehr für möglich gehalten. Aber es war bezeichnend französisch, wie man mir versicherte. Man stelle sich vor, der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes selbst, *Léon Jouhaux*, eine so überragende Persönlichkeit in der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung, ein Mann von unbestrittener Autorität im französischen Gewerkschaftsbund, von weitreichendem Einfluß bei der französischen Regierung, in den Instanzen des Internationalen Arbeitsamtes und selbst im Völkerbund, sollte außerhalb der Tagesordnung den Kongreß nicht als Vertreter des Gewerkschaftsbundes begrüßen dürfen! Und weshalb? Weil er Mitglied der französischen Delegation zur Abrüstungskonferenz in Genf ist und weil man mit den Arbeiten der Konferenz nicht zufrieden ist. Gibt es einen stärkeren Beweis dafür, daß die arbeitenden Massen in Frankreich die Abrüstung wollen und mit der Haltung der Regierung in dieser Frage nicht einverstanden sind? Aber er sprach und setzte auseinander, wie er seine Aufgabe in der Delegation versteht. Die Regierung hat ihn berufen. Der Gewerkschaftsbund hat ihn autorisiert die Berufung anzunehmen und der IGB. ist mehr als einverstanden damit. Jouhaux nahm unter der Bedingung an, daß er völlig in seiner Stellungnahme frei und an keine Weisung der Regierung gebunden ist. Und so haben wir in der Konferenz jemand, der mit ganzer Seele für die Forderung unserer Internationale eintritt, die private Rüstungsindustrie zu verstaatlichen und damit eine der wesentlichsten Störungsquellen der Friedensbestrebungen zu verstopfen. Als er gesprochen hatte, hatte er den ganzen Kongreß gewonnen. Am Abend, auf dem Bankett, an dem der ganze Kongreß teilnahm, ergriff er nochmals das Wort. In unvergleichlich meisterhafter Form, und mit einem poetischen Gleichnis sprach er für die Demokratie und über das Wesen der Internationale und seine von der Schönheit dichterischen und der Gewalt seiner Gedanken hingerissenen Hörer jaudzten ihm in Begeisterung und Freude zu. Die Gastdelegierten aber aus dem kühlen Skandinavien und dem nüchternen England staunten über das andersgeartete französische Volk, das nicht nur für die Deutschen schwer zu verstehen ist.

Der Kongreß nahm die Geschäftsberichte mit großer Mehrheit an. Er ereiferte sich über die *Grenzstreitigkeit* mit dem *Verband für das Gesundheitspersonal* und reklamierte die kommunalen Krankenpfleger. Er behandelte das Problem der

Gegenüber am Lubjanska-Platz erhebt sich der große, grüne Hotelpalast der GPU, der immer noch erweitert wird. Schon das Stehenbleiben ist hier verboten.

Was geht heute in diesem riesigen Reiche vor? Rußland hungert und friert sich groß. Diese Formel trifft den tatsächlichen Zustand; der „Umbau“ geschieht auf Kosten der elementaren Volkskraft. Der Staat führt Lebensmittel, Leder usw. aus, um Maschinen einführen zu können. Dabei hat das Volk weder genügend Nahrung noch Kleidung. Man kann sagen, das ist Raubbau an der Volkskraft. Vielleicht zwingt die Lage des Landes zu dieser Maßnahme. Jedenfalls erfordert dieser Weg eine unermeßliche Opferwilligkeit und Lebensfähigkeit. Bei der Weiträumigkeit des Landes und der Anzahl seiner Menschen kann der Plan gelingen. Gewiß, hier ist wirklich „Masse Mensch“ und regiert, grob, primitiv meinetwegen, aber regiert auf der Straße, im Palast, im Betrieb. Und Betrieb und Palast sind eins. Aber die Lebenshaltung der Masse ist keineswegs gestiegen, im Gegenteil. Alle sind Proleten geworden. Aber die klassenlose Gesellschaft bedeutet ja nicht die Proletarisierung eines ganzen Volkes, auch nicht seine Verbürgerlichung, sondern ein Drittes, Neues, ein Ansteigen aller, die Sicherung der elementaren Existenz, um nun erst die individuellen Kräfte freimachen und anwenden zu können. Natürlich gibt es viele neue soziale Einrichtungen, wie Heime, Klubs usw. Wir besuchten z. B. in Moskau ein Prophylaktorium für Prostituierte, ein Heim mit 400 Betten. Es gibt so gut wie keine Prostitution mehr, wurde uns erklärt. Die Mädchen wohnen in diesem Heim, erhalten ärztliche Behandlung und werden in

die Fabriken geschickt. Sie erhalten 75 Rubel im Monat, also 25 Mk., davon haben sie 40 Rubel abzugeben für Verpflegung und Wohnung, behalten also 35 Rubel für sich. Das Heim ist bei weitem nicht besetzt. Ist das eigentlich ein Wunder? Dem Staat kann nichts geschehen, denn alles gehört ihm: Palast, Haus, Fabrik, Land und alle Ware. Aber wie lange kann ein großes Volk hungern und darben? Das ist die Lebensfrage des Bolschewismus. Ich will abends in einem Laden Zigaretten kaufen. Gib's nicht. Eine Frau spricht mich in der Tür auf Deutsch an. Ich frage: „Was wird denn hier verkauft?“ „Na, was verkauft er, seine Gurken!“ Diese Antwort ist nicht für alle Fälle gültig, aber sie bezeichnet die Lage. In Rußland herrscht eine ungeheure Warennot. Hier darf eigentlich nichts verbraucht werden, denn jeder Verbrauch schwächt im Grunde genommen den Staatsorganismus, im widerfälligen Gegensatz zu Europa und Amerika, wo bei übergroßer Warenfülle gar nicht genug verbraucht werden kann. Jeder Verbrauch ist in Rußland eigentlich ein Verbrechen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Rußland unbekannt, im Gegenteil, es braucht noch viele Arbeitskräfte. Wir sahen z. B. Frauen beim Straßenbahnbau in Kiew. Aber was verdient der russische Arbeiter? Wenn man 200 Rubel als Durchschnitt annimmt, so ist das sicherlich zu hoch gegriffen. Das sind aber nach der Kaufkraft des Rubels etwa 60 Mk. Selbst wenn man dazu die Vergünstigungen durch die Genossenschaften, Kooperative usw. rechnet, bleibt der Arbeitslohn gering. Dazu kommt in den Betrieben ein ausgebautes Prämiensystem, das notwendigerweise Schichtungen und Sonderungen hervorrufen muß. Die besten

öffentlichen Wirtschaft, faßte eine Resolution zu den Gehaltsregelungen bei den Gemeinden, zur Sicherung einer neuen Arbeitsstelle im Fall der Aufhebung von Dienststellen, zur Regelung der Anstellungsverhältnisse der Feuerwehr und noch zu einigen anderen Fragen.

Ich war vor und nach dem Kongreß noch an anderen französischen Orten. Die ganze öffentliche Meinung ist beherrscht von den Nachrichten der großen Presse über die Vorgänge in Deutschland. Ich stehe nicht an, zu sagen, es fuhr wie ein Schrecken in die Bevölkerung, als die deutsche Regierung die Gleichberechtigung zum Rüsten forderte. Nun steht ein großer Teil der französischen Presse im Solde der privaten Rüstungsindustrie. Welche Gelegenheit für sie, gegen Deutschland zu hetzen, ihm schlimme Absichten zu unterschieben! Sie hat diese Gelegenheit weidlich ausgenutzt. Aber gerade deshalb ist es anzuerkennen, daß die Bevölkerung ihr ruhiges Blut bewahrt. Von einer Sorge wird sie beherrscht: Erhaltung des Friedens, des Friedens um jeden Preis. Wie ist aber Frankreichs starres Verhalten gegenüber Deutschland zu verstehen, durch das es sich bei uns keine Freunde schafft?, wird jeder dann fragen. Nun, die ganze Politik, das ganze Verhalten Frankreichs erklärt sich aus dem einen: Es hat Angst vor Deutschland. Es fühlt sich nicht sicher vor uns. Lächerlich, mag einer einwenden, es besitzt doch die stärkste Rüstung der Welt, und wir sind entwaffnet, also wehrlos ihm gegenüber. Gewiß, und doch hat Frankreich Angst. Ihm fehlt das Gefühl der Sicherheit. Wäre es möglich ihm das zu geben, es von unserer Ungefährlichkeit zu überzeugen, die Politik Europas würde einen anderen Gang nehmen. Die Befriedung Europas, die vom Verhältnis zwischen den beiden Ländern abhängt, beruht also auf einem psychologischen Faktum. Die beiden Völker sollten sich besser kennen. Dazu beizutragen ist die Internationale da. Es gibt Interessenten genug, die daran verdienen, die beiden Nationen auseinanderzubringen. Wenn nur einmal auch die andern Kreise als die Arbeiterschaft in Frankreich sich in die deutsche Situation hineinversetzen würden, sie kämen dann nicht mit soviel Mißtrauen allem, was in Deutschland geschieht, entgegen. Daß die Arbeiterschaft Verständnis für uns besitzt, das habe ich bei allen Gesprächen festgestellt. Ein Satz von uns, wie: Das unsinnige Verhalten eurer reaktionären Regierungen nach dem Krieg gegenüber der jungen deutschen Demokratie hat zum Aufkommen des deutschen Nationalismus beigetragen, findet lebhafteste Zustimmung. Aber wir müssen uns auch in die Seele des französischen Durchschnittsbürgers und Bauern versetzen, dann nehmen die Dinge ein ganz anderes Gesicht an, wie vor deutschen Augen. Was er sich sagen muß, ist dies: Wäre Frankreich 1914 allein gewesen, die deutschen Armeen hätten die französischen in acht Wochen bis zu den Pyrenäen gehauen. Er hat aber keine Garantie dafür, daß bei einem zukünftigen

Krieg England und Amerika ihm wieder hilft. Bis jetzt lehnen diese Länder jedes derartige Bündnis ab. Deutschland hat 50 Proz. mehr Bevölkerung, die zudem immer noch stärker wächst als die französische, hat also Menschen genug, um die Reichswehr stark zu vergrößern. Zu den 100 000 vorzüglichen Berufssoldaten der Reichswehr kommen noch 50 000 ausgebildete Schupos, und hinzukommen die Hunderttausende der Privatarmeen. Wohlgermerkt, das sagt sich der Franzose. Er hat nicht recht, im Gegenteil. Ungezählte Male suchte ich durch den Hinweis darauf, daß uns doch die Bewaffnung fehle und es im modernen Krieg ebensowohl auf das Material wie auf die Soldaten ankomme, die französische Argumentation zu entkräften. Aber was bekommt man dann zu hören? Euer vollkommen unbeschädigter Industriematerial stellt sich in kürzester Zeit auf Kriegsfabrikation um. Ihr habt die größte und beste chemische Industrie der Welt. Ihr produziert ja bereits Giftgase, was war denn damals im Hamburger Hafen? Abgerüstet? Warum verurteilt das Reichsgericht einen polnischen Berichterstatter über einen Breslauer Stahlhelmtag wegen Verrats militärischer Geheimnisse? Was habt ihr denn da so sehr zu verbergen? Solche Vorkommnisse und Ueberlegungen machen den Franzosen ängstlich, rauben ihm das Gefühl der Sicherheit, ohne daß man ihn nicht zum Abrüsten bringen wird. Und nun ist das Wachstum der Nazi gekommen, finden die dem individualistischen Franzosen unverständlichen Massendemonstrationen von rechts allsonntäglich statt, liest er von drohenden Reden gegen Frankreich. Jetzt verlangt die Regierung offiziell noch das Recht zur Rüstungsgleichheit, das heißt in der Darstellung der großen Presse das Recht zum Aufrüsten, damit schließlich Deutschland an Frankreich Revanche für 1918 nimmt. Was muß man von diesem unersättlichen Deutschland noch alles erwarten? fragt ängstlich *Jaques Bonhomme*. Wir sind ihm doch schon so entgegengekommen. Die Engländer nahmen sich seine Kolonien; seine Handelsflotte, seine Kriegsflotte, sie beseitigten also den Konkurrenten. Unsere Gebiete wurden zerstört, wir mußten sie selbst aufbauen. Die Reparationen haben wir schließlich gestrichen, das Rheinland haben wir fünf Jahre früher, als der Vertrag bestimmte, geräumt, und die Deutschen wollen immer mehr. Jetzt wächst jenseits des Rheins ein säbelrasselnder Nationalismus heran und — wir sollen da abrüsten? — Wie schwer ist doch das Problem der Abrüstung! Man sieht es im Umgang mit Franzosen. Und es wäre so einfach, wenn die beiden Völker wüßten, wie es wirklich im andern Lande aussieht. Es ist ein Trost, feststellen zu können, die Friedenssehnsucht ganz Frankreichs ist ehrlich. Aber nicht minder ehrlich ist seine Angst vor Deutschland. Und es ist leider nur die Arbeiterschaft, es sind nur die Sozialisten, die die Sicherung des Friedens in der Abrüstung sehen. Wie sehr das zutrifft, das zeigte der Zwischenfall auf dem Kongreß.

*Valentin Hartig.*

Arbeiter, die mehr als ihre Pflicht tun, bilden die Stoßbrigaden. Ihre Bilder werden an großen Tafeln in Städten, Ortschaften, Ausstellungen aufgestellt als Muster und Beispiele, denen nachzueifern ist, während die Faulen und Säuffer ebenfalls an großen Tafeln mit Namen aufgeführt werden und so am Pranger stehen und ihren Lohn an besonderen Kassen abholen müssen, also allgemein gekennzeichnet werden. Das mag bei der Lage Rußlands und seinen Menschen richtig und nützlich sein. Kann aber ein solches Arbeitsverhältnis maßgeblich und vorbildlich sein?

Kann man also einem deutschen Arbeiter raten, nach Rußland zu gehen? Wenn man ehrlich und aufrichtig ist, nein, es sei denn, daß ihn nichts anderes treibt, als wieder tätig sein zu können. Er findet hier nicht die Nahrung, die er braucht und die er gewohnt ist, er findet keine Wohnung oder nur eine sehr schlechte, er bekommt keinen ausreichenden Lohn (ausländische Arbeiter erhalten im Durchschnitt etwa 300 Rubel). Er muß also ein starker Idealist sein und vielerlei Entbehrungen auf sich nehmen wollen. Wir trafen im Hotel Berliner „Fichte“-Seite und sprachen mit einem von ihnen, einem frischen, gefunden Menschen. Kommunist, von der Partei hergeschickt, der sehr rasch die Dinge erkannt hatte. Er erzählte uns, daß die Russen mit den Maschinen schlecht umgehen können, schwer vorwärtskommen und langsam arbeiten. Er konnte dableiben und sofort anfangen. „Aber 400 Rubel muß ich im Monat verdienen, und wo soll ich eine Wohnung bekommen?“ Ich weiß nicht, ob ihm beides gelungen ist. Rußland ist kein Arbeiterparadies, es ist heute nur das einzige Land, das Arbeit zu vergeben hat, wo noch Arbeitsnachfrage besteht.

Wenn man schließlich noch die Frage aufwirft: Was macht der Mensch eigentlich drüben in Rußland?, so muß man antworten: Der Mensch ist im neuen Rußland noch gar nicht entdeckt. Das Private existiert nicht. Der Mensch tritt nur in Ballungen, Gruppen auf und wird darin wirksam. Der einzelne fehlt noch. Bei dieser Wohnlage in den großen Städten ist keine Einsamkeit, kein Fürsichsein mehr möglich. Wer kann sich entwickeln, wenn nicht in der Stille? Wenn aber das letzte Private öffentlich wird, was bleibt? Es ist die Frage Kollektiv — Individuum. Das Kollektiv ist bisher nur eine wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für eine bestimmte Zweckleistung, für eine Auftrags- und Werkerfüllung. Weil die Arbeit der einzige Wertmesser ist, gilt jede Arbeit gleich, und jeder, der arbeitet, ist gleich. Das stimmt auch für die Stoßbrigadisten, die ja auch nur als Wirtschaftsproduzenten gelten. Der Mensch ist zunächst nur als Warenerzeuger wichtig. Die inneren Werte aber, die seelischen Kräfte liegen brach, sie sind kein Rechenfaktor. Jetzt bereitet sich ein Wandel vor. Das Leben verliert langsam den demonstrativen Aktions- und Propagandacharakter, die private Sphäre tritt allmählich wieder in Erscheinung. Die Kunst geht hier voran, insbesondere der Film. Es kommt darauf an, innerhalb des Kollektivs das Individuum zu pflegen und zu entfalten, so daß beide sich steifen, nämlich zu einer Gemeinschaft von Individualitäten. Es ist das schwierigste und wichtigste Problem, vor dem Rußland noch steht, mit dem Umbau der Wirtschaft den Neubau des Menschen zu vollziehen. Die Frage, ob eine Lösung möglich ist, dürfte die Welt mehr angehen als bislang das Rätsel Rußland. *R. W a t t h e u s i. Hannover. „Volkswille“.*

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Der Werbefeldzug der Fachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof

Der Verbandsvorstand hat in Nr. 40 der „Gewerkschaft“ alle Mitglieder des Gesamt-Verbandes aufgerufen zu einem neuen Werbefeldzug und dafür die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 bestimmt. In besonderen Richtlinien ist betont, daß stärker als bei früheren Werbeaktionen die Agitation diesmal durch die Berufsgruppen entfacht und in aller Planmäßigkeit durchgeführt werden soll. Diese Anordnung beruht auf der durchaus richtigen Erkenntnis, daß der Beruf starke Bindungen erzeugt, die den weitaus größten Erfolg einer Agitation für den Berufsverband versprechen und deshalb dafür nutzbar gemacht werden sollen. Gewiß sind auch die Bande des Betriebes stark, vielleicht in der jetzigen Zeit noch stärker als je, da jeden noch in Arbeit Stehenden ja ständig das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit bedroht, wenn er sich nicht an den Betrieb gebunden fühlen wollte. Aber die Betriebsverbundenheit ist doch eigentlich mehr materieller Art, während das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Berufe im hohen Maße ideeller Natur ist.

Das aber ist auch eine recht wahre Erkenntnis: Eine von Idealismus für eine hohe und alle Berufsangehörige in ihrem geistigen Interesse stark berührende Sache muß auch am Herzen packen und wieder ideale Regungen und Wirkungen auslösen, die als mächtigere Bande sich bewähren werden als nur materielle Interessen es in der Regel sein können. Solche idealen und geistigen Momente weist aber gerade die gewerkschaftliche Bewegung der gärtnerischen Arbeitnehmer zur Genüge auf.

### Die Kampfmethoden der Arbeitgeberorganisationen

bedrohen das Berufsleben aller in und mit der Gärtnerei verbundenen Arbeitnehmer, auch derjenigen, die durch Arbeitslosigkeit an den Rinnstein geworfen werden.

Werden die Bande, die die Arbeitnehmer eines Betriebes verketteten, rücksichtslos durch den Unternehmer gelöst, so bleibt aber doch die Verbundenheit der Kollegen mit dem Berufe bestehen durch das Verlangen und die Hoffnung, bei dieser oder jener Gelegenheit, wenn nicht im bisherigen, so vielleicht in einem anderen Betriebe der gleichen oder schließlich auch einer anderen Berufsgruppe wieder in Arbeit zu kommen. Und je größer die Arbeitslosigkeit im allgemeinen wird, desto mehr verstärkt sich das Gefühl der Verbundenheit mit dem Berufe bei den arbeitslosen Kollegen, weil doch schließlich nur noch der Beruf die Möglichkeit einer Arbeitsgelegenheit erscheinen läßt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist es zu begrüßen, daß der Verbandsvorstand in Abänderung bisheriger Bestimmungen beschlossen hat: Arbeitslose Facharbeiter, für welche der Gesamt-Verband als alleinige Organisation in Frage kommt — Gärtnereiarbeiter —, können auch während der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden und Beiträge von 10 Pf. je Woche entrichten.

Die Wiederherstellung etwa verlorengegangener Verbindungen mit arbeitslosen Kollegen darf sich jedoch nicht darauf beschränken, daß ihnen die Mitgliedschaft wieder ermöglicht wird, sondern

### der arbeitslose Kollege ist in jeder Beziehung wieder einzuschalten

in unsere gewerkschaftliche Arbeit und einzubeziehen in alle Veranstaltungen der Fachgruppe. Die Richtlinien des Vorstandes sehen dafür u. a. gesellige Veranstaltungen und Feierstunden vor. In dem Bereich unserer Fachgruppe kommen vorzüglich auch Veranstaltungen auf dem Gebiete der Fachbildung in Betracht. Der arbeitslose Kollege hat ein besonders starkes verständliches Interesse daran, die Zeit aufgezwungener Muße mit sachlicher Weiterbildung auszufüllen, um nicht auch in dieser Beziehung beim doch erhofften Wettbewerb auf dem beruflichen Arbeitsmarkt ins Hintertreffen zu kommen. Es wird also eine vorzügliche Aufgabe unserer örtlichen Fachgruppen sein und bleiben müssen, auch die arbeitslosen Kollegen einzuladen zu den sachlichen Vorträgen; bei entsprechendem großer Anzahl der Arbeitslosen wären vielleicht sogar besondere Vortragsveranstaltungen, Schulungskurse usw. zu organisieren. Innigste Verbindung sollte also mit diesen Kollegen jederzeit gehalten werden. Wollten wir das versäumen, so wäre es verständlich, wenn in ihren Kreisen die Auffassung Platz greifen würde, die Gewerkschaft vertrete nur Interessen der Arbeitenden, nicht mehr die der Arbeitslosen — eine selbstverständliche völlig falsche Auffassung.

Werden auf diese und auf jede andere Weise die engsten Verbindungen mit den zur Untätigkeit im Berufe verurteilten Kollegen jederzeit erhalten, so ist es naheliegend, daß sie bereit sein werden, dann ihren Tatendrang auch gern im Dienste der Organisation auszuüben. Sie werden sich zur Verfügung stellen zur praktischen Ausübung der zur planmäßigen Werbung erforderlichen verschiedenartigsten Agitationsarbeiten, wie Verteilung von Werbematerial, mündliche Werbung bei Betriebsveranstaltungen und bei der Hausagitation.

Nun mag zum Werbefeldzug angewendet werden, daß die jetzt vorgeschrittene Herbstzeit aus den verschiedensten Gründen für die Agitation in unserer Fachgruppe nicht gerade erfolgversprechend sei. Solche Einwände sind nicht stichhaltig. Denn

### die Dauer des Werbefeldzuges

ist diesmal ja nicht für eine kurze Frist vorgesehen, sondern sie ist in wohlüberlegter Absicht auf ein langes Halbjahr erstreckt. Diese Absicht beruht auf einem gewissermaßen strategischen Plan. Wir sind uns alle darüber klar, daß in der jetzigen Zeit die Gewerkschaften nicht „wie einst im Mai“ die Linien der uns in gewisser Beziehung entgegenstehenden Nichtorganisierten einfach überrennen und mitreißen können durch unseren Elan und unser Dorstürmen über die Bastionen des Unternehmertums, sondern daß wir heute eine andere Kampfweise zu betätigen haben. Die Widerstände in den geistig so verschieden eingestellten Kreisen der Nichtorganisierten sind heute größer als je infolge der Hege gegen die Gewerkschaften, wie sie durch gewisse Parteien betrieben wird. Auch das Unternehmertum ist raffiniert geworden in seinen Kampfmaßnahmen gegen die Organisationen der Arbeitnehmer. Ihre Taktik ist oft eine so geschickte, daß Nichtorganisierte, welche die Vorgänge meist nicht verfolgen, die Zusammenhänge auch nicht so ohne weiteres zu erkennen vermögen. Aus diesen Gründen muß auch auf unserer Seite eine mindestens ebenso

### planmäßige Vorbereitung unseres Feldzuges

erfolgen. Das Gelände, auf dem vorgestoßen werden soll, muß erkundet, günstig erscheinende Punkte mit besonderer Aufmerksamkeit aufs Korn genommen und die Sturmgräben und Sappen so weit als möglich vorgetrieben werden. In Gebieten und Berufsgruppen, die für die sofortige Agitation noch nicht sturmreif erscheinen, muß jetzt eine besonders eifrige und planmäßige Aufklärung durch Verbreitung unserer Schriften einsetzen, und zwar nicht, wie es oft geschieht, haufenweise mit einem Male, sondern in ständiger Belieferung gemäß dem unzweifelhaft wahren Sprichwort „Steter Tropfen fällt den Stein!“

Auch durch schriftliche und noch besser mündliche Einladung zu unseren sachlichen Vorträgen, zu Besichtigungen, Ausflügen und Feierstunden wird der Boden vorbereitet und werden Fäden geknüpft werden können, die allmählich zu den festen Banden werden, die neuen Fachgruppen und Mitgliedschaften den Zusammenhalt geben. — Dabei wird, wie Erfahrung lehrt, unser „Gärtnerei-Fachblatt“ immer wieder als ein gutes Mittel der Werbung auch für den Verband sich bewähren. Allzuoft hören wir den erstaunten Ausruf: „Nur eine Mark ist der Bezugspreis? Das war mir noch nicht bekannt!“ Also sorgt dafür, Kollegen, daß diese und alle die anderen vorzüglichen Leistungen unseres Gesamt-Verbandes überall bekannt werden, dann wird die Werbung für den Verband auch erfolgreich sein.

Aufklärung des Kampfgebietes als strategische Maßnahme und Aufklärung der Köpfe und Geister über Zweck, Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften als unmittelbare Vorbereitung der Werbung,

### das ist der Sinn unseres halbjährigen Werbefeldzuges.

Wo also in unserer Fachgruppe zu Beginn dieses Feldzuges Erfolg sich noch nicht erzielen lassen, da gehen wir in planmäßiger, den örtlichen Verhältnissen überlegte angepaßter Aufklärungsarbeit daran, alles sturmreif zu machen für den Lenz, der naturgemäß in unserem Beruf die Zeit des Stürmens und Drängens stets war und als Abschluß unseres Werbefeldzuges wieder werden soll und werden wird!

Also auch die Fachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof beginnt schon jetzt den Werbefeldzug!

## Der Abwehrkampf der Hamburger Verkehrsarbeiter

Die Hamburger Hochbahn AG. besteht aus den Linien der Hochbahn, Straßenbahn und Alsterschiffahrt Hamburgs. Sie hat infolge der Wirtschafts- und Verkehrsschrumpfung ähnliche Schwierigkeiten zu bewältigen wie andere Hoch- und Straßenbahnen. Die Einnahmen sind um viele Millionen zurückgegangen. Um den Ausgleich auf der Ausgabe-Seite herbeizuführen, wird versucht, Ersparnisse zu erzielen. Man denkt dabei an Betriebs-einschränkungen, an Entlassungen und an die Kürzung der Löhne und Gehälter. Hinzu kommt, daß die Hamburger Hochbahn etwa 4,7 Millionen Dividenden verteilen soll, welche allerdings nicht vorhanden sind. Da in diesem Falle der Staat Hamburg die Dividendensumme vertragsmäßig garantiert und etwa die Hälfte selbst zu erhalten hat und jetzt gerade notwendig braucht, darf vermutet werden, daß auch von dieser Seite ein nicht unerheblicher Druck, zu sparen, auf die Hochbahn ausgeübt worden ist.

Als dritter Gesichtspunkt erscheint die Notverordnung vom 5. September mit dem Lohnbeanstandungsverfahren für gemischt-wirtschaftliche Betriebe, welche mehr wie 33% Proz. öffentliches Kapital besitzen.

So waren mehrere Ursachen zusammengekommen, um die Hamburger Hochbahn zur Kündigung des bestehenden Lohnabkommens zu veranlassen. Wahrscheinlich waren es auch die gleichen Ursachen, welche die Abbauforderungen der Hamburger Hochbahn AG. bestimmten.

Die Hamburger Hochbahn verlangte nicht mehr und nicht weniger als eine Kürzung des Stundenlohnes um 15,6 Proz. ab 1. Oktober. Da gleichzeitig 500 Leute der Belegschaft entbehrlich wurden, stand auch deren Entlassung bevor. Beide Maßnahmen — war das bloß Zufall? — hätten die Personalausgaben um rund 4 Millionen gesenkt. Damit wäre nicht nur die Dividendenzahlung sichergestellt, sondern auch dem Beanstandungsverfahren weitgehend Rechnung getragen gewesen.

Daß eine derartig hohe Lohnabbauforderung schon den stärksten Widerstand einer Belegschaft hervorruft, bedarf keiner näheren Begründung. Wenn aber dann noch bekannt wird, daß dieser Lohnabbau direkt dazu dienen soll, um Dividenden an sicherlich nicht gerade darbenende Aktionäre zahlen zu können, dann liegt hier ein psychologisches Motiv für den Widerstand bis zum äußersten.

Kein Wunder also, daß die Lohnverhandlungen zwischen den Parteien ergebnislos blieben und demzufolge ihre Fortsetzung fanden vor dem Hamburger Schlichter.

Aber auch dem Schlichter gelang es nicht, in Einigungsverhandlungen nur einen Schritt weiterzukommen, weil die Hochbahn an ihrer ursprünglichen Forderung festhielt oder nur ganz unbedeutend, um 3 Pf. pro Stunde, nachgab.

Weniger zugeknöpft blieb die Hamburger Hochbahn hinsichtlich der Entlassungen. Dank der Opferbereitschaft und der Solidarität der Belegschaft wurde vorgeschlagen, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden zu verkürzen, um die Entlassung von 500 Arbeitern zu verhindern. Damit nahm die Belegschaft freiwillig eine Einbuße ihres Einkommens um 8 Proz. auf sich. Der Hamburger Hochbahn schien dadurch aber noch nicht gedient zu sein. Sie verlangte daneben noch die Senkung des Stundenlohnes, was zusammen eine 29,69 prozentige Einkommensminderung ergibt.

Schließlich beantragte die Hamburger Hochbahn die Durchführung des Schlichtungsverfahrens, zu dem der Schlichter die Schlichterkammer auf den 28. September 1932, 9 Uhr, einberief.

Am 29. September 1932 gegen 4 Uhr morgens konnte der Schiedspruch den Parteien bekanntgegeben werden.

1. Die bisherigen Löhne werden um 5 Proz. ab 1. Oktober 1932 gesenkt.
2. Um Personalentlassungen für die Laufdauer dieses Schiedspruches zu vermeiden, kann die Arbeitszeit ab 1. November 1932 auf 45 Stunden wöchentlich gesenkt werden.
3. Die vorstehende Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1933 geändert werden.

Schon die Verhandlungskommission der Gewerkschaften (Gesamt-Verband und Metallarbeiterverband) lehnte den Schiedspruch ab. Eine sofort einberufene Funktionärkonferenz tat dasselbe. Zwei Vollversammlungen unterstrichen diese Auffassung, wonach zur Urabstimmung über den Schiedspruch und über die Arbeitseinstellung geschritten wurde.

An der Urabstimmung nahmen 5705 freigewerkschaftlich organisierte Kollegen teil. 4882 stimmten für Ablehnung des Schiedspruches und damit für Streik. Die satzungsmäßige Dreiertelmehrheit war erreicht.

Der Streik begann mit Genehmigung des Verbandsvorstandes am 1. Oktober früh. Ohne jede Komplikation. Die freigewerkschaftlichen Kollegen der Hamburger Hochbahn verließen geschlossen, in prachtvoller Disziplin, im Herzen das Bewußtsein, einen harten, aber notwendigen Abwehrkampf zu führen, ihre Arbeitsstätte.

Hamburg war aller Verkehrsmittel entblößt. Daß deshalb die Hamburger Hochbahn sofort die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beim Reichsarbeitsministerium in Berlin beantragte, war zu erwarten. Nicht zu erwarten war aber, daß das Reichsarbeitsministerium prompt darauf reagierte. Hatte doch der Papensche Reichsarbeitsminister seit Wochen die Öffentlichkeit immer wieder davon unterrichtet, daß keine Verbindlichkeitsklärungen mehr oder nur selten ausgesprochen werden. Selbst die amtlichen Schlichter haben mehrmalige dahingehende Anweisungen erhalten. Auch die Praxis stimmte damit überein. So wurde z. B. die Verbindlichkeitsklärung für die westfälischen Elektrizitätswerke abgelehnt. Das alles hatte aber anscheinend keine Geltung mehr angesichts des Hamburger Schiedspruchs und des Hamburger Streiks.

Das Reichsarbeitsministerium lud die Parteien zu Verbindlichkeitsverhandlungen zum 3. Oktober ins Reichsarbeitsministerium. Die vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums vermittelten Einigungsverhandlungen blieben wiederum ergebnislos. Unsererseits wurde dann darauf gedrängt und beantragt, die Verbindlichkeitsklärung nicht auszusprechen. Wir wiesen dabei insbesondere auf das Programm und die Haltung des Reichsarbeitsministeriums selbst hin. Tatsächlich schien es uns auch gelungen, die Verbindlichkeit abzuwehren, mindestens hinauszuzögern.

Döllig überraschend hat dann der Reichsarbeitsminister aber doch den Hamburger Schiedspruch am 4. Oktober morgens verbindlich erklärt. Hier die Begründung Dr. Schäffers dazu:

„Die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung der Löhne entspricht bei gerechter Abwägung den Interessen beider Teile der Billigkeit. Die neuen Lohnsätze stehen zu den Löhnen anderer vergleichbarer Gewerbe in einem angemessenen Verhältnis. Durch die im Schiedspruch vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitszeit sollen Entlassungen von Arbeitnehmern vermieden werden. Unter diesen Umständen stellt diese Maßnahme keine untragbare Zumutung für die Arbeitnehmer dar.“

Wiederholte Einigungsversuche sind erfolglos geblieben. Um einen Arbeitskampf von längerer Dauer zu vermeiden, der die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Hamburg in Frage gestellt hätte, mußte der Schiedspruch im Interesse der Allgemeinheit für verbindlich erklärt werden.“

Daß allerhand Einflüsse dabei mitgewirkt haben, auch vom Hamburger Staat her, muß man stark vermuten. Das alles haben unsere Hamburger Kollegen wohl berücksichtigt, als sie Stellung nahmen zu der neuen Situation, welche infolge der Verbindlichkeit des Schiedspruchs entstanden war. Sie beschloßen einstimmig, den Streik abzubrechen und die Arbeit am 5. Oktober früh wieder aufzunehmen. Die Arbeitsaufnahme erfolgte dann auch geschlossen und diszipliniert, wieder ohne jede Komplikation.

Der Schiedspruch der Hamburger Schlichterkammer kommt unverändert zur Durchführung. Der Lohn wird gekürzt, die Arbeitszeit wird herabgesetzt. Nicht ganz allerdings wie der Schiedspruch vorsieht, aber doch mit nur so geringfügigen Erleichterungen, daß sie als Erfolge eines mutig durchgehaltenen Streiks nicht angesprochen werden können. Darüber helfen auch die Weiterbeschäftigungsklauseln, daß das Dienstverhältnis nicht unterbrochen war, daß keine Maßregelungen oder Entlassungen stattfinden, oder daß keine Nachteile für Urlauber und Kranke eintreten, nicht hinweg. Andererseits haben unsere Hamburger Kollegen bewiesen, daß eine starke Gewerkschaft und eine gut organisierte Belegschaft trotz Krise und Papen immer noch in der Lage sind, zu kämpfen.

Unser Kampf hat Widerhall gefunden in der Hamburger und deutschen Arbeiterschaft. Unser Kampf hat Hoffnungen erweckt und Vertrauen zur freien Gewerkschaftsbewegung. Unser Kampf hat unsere politischen und gewerkschaftlichen Gegnern gezeigt, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht widerstandslos auf die Knie zu zwingen ist.

Auch die Hamburger Hochbahn und der Hamburger Staat werden den Abwehrkampf nicht so rasch vergessen.

Die Früchte dieses Kampfes reifen noch heran. Deshalb haben wir nicht ergebnislos gekämpft.

**Aus den deutschen Gewerkschaften**

Die Konferenz der Gewerkschaftsredakteure, die am 5. und 6. Oktober im Hause des Gesamtverbandes in Berlin tagte, beschäftigte sich mit der Reichstagswahl und mit dem Ausbau der Gewerkschaftspresse. Nach einer Begrüßungsansprache des Kollegen Reißner erhielt Kollege Spliedt vom Bundesvorstand des ADGB das Wort. Er referierte über „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl“. In längeren Ausführungen trat er dafür ein, daß die Gewerkschaften in ihrer Selbsterhaltung willen die Sozialdemokratische Partei in ihrem Wahlkampf wieder unterstützen müssen. Der Grundgedanke seiner Ausführungen war, daß zwar scharfer Kampf gegen die Regierung von Papen geführt werden solle, daß sich die Gewerkschaften aber nicht unbedingt auf den Standpunkt der Negation stellen dürfen. — In der ausgedehnten Diskussion teilte der Vorsitzende des Fachauschusses für die Gewerkschaftspresse, Kollege Scheffler, mit, daß im letzten Reichstagswahlkampf die Gewerkschaftspresse nicht weniger als 800 Artikel und Notizen gebracht habe, die für die Wahl von Sozialdemokraten eintraten. Kummer (Metallarbeiter-Zeitung) steht in den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Vorboten großer Umwälzungen und Revolutionen. Die Krämpfe, in denen sich das politische und wirtschaftliche Leben windet, gehen allerdings noch auf Kosten der Arbeiterschaft, weil wir noch zu schwach sind, diesen Krampf mit einem Schläge zu überwinden. Die zur Zeit im Vordergrund stehenden Rüstungsfragen bezeichnet Kummer als nationale Phrasen, um der Schwerindustrie Profite zuzufächeln. Im Kampf um den kommenden Reichstag müssen die Gewerkschaften wirtschafts- und lohnpolitische Fragen in den Vordergrund stellen. Sollte ein Streikverbot oder gar ein Gewerkschaftsverbot kommen, so werden wir auch dann zu kämpfen wissen. Kollege Dittmer betonte, daß die Gewerkschaftsmitglieder politische Aufklärung wünschen. Im Gesamt-Verband herrsche darüber völlige Einigkeit. Die Gewerkschaften könnten an politischen Fragen auch nicht vorübergehen, nachdem fast alles, was den Arbeiter berührt, politisiert worden ist; er erinnere nur an den politischen Lohn. Besonders während der Wahlzeit müsse die Gewerkschaftspresse politisch wirken. — Genosse Weßphal vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei begrüßte es, daß die Gewerkschaften sich wieder an dem Wahlkampf für die SPD. beteiligen wollen, bat um weitest gehende Unterstützung und versprach, die Gewerkschaftspresse mit Material zu versorgen. — Es folgte dann ein Lichtbildervortrag des Genossen Wendel, Redakteur des „Wahren Jacob“ über „Karikaturen in der Gewerkschaftspresse“. Er zeigte auf, welches wichtiges Kampfmittel die Karikatur im Klassenkampf der Arbeiterschaft ist und wie sie besonders vorteilhaft auch in der Gewerkschaftspresse Verwendung finden kann.

Hierauf referierten der Vorsitzende des Deutschen Bau-gewerksbundes, Kollege Bernhard, und der Leiter der Bundes-schule in Bernau, Genosse Dr. Seelbach, über „Die Gewerkschaftspresse im Dienste der Agitation“. Behandelte Bernhard das Thema mehr vom Standpunkt des Gewerkschaftsführers, der auch im Dienste der Agitation steht, so schilderte Seelbach, wie die Bildungsarbeit in den Dienst der Agitation gestellt werden kann und welche Aufgaben der Gewerkschaftspresse hierbei im besonderen erwachsen. Beide Redner gaben zahlreiche Anregungen für den Ausbau der Gewerkschaftspresse. — In der Diskussion wurde immer wieder bedauert, daß infolge der ungünstigen Finanz-lage der Gewerkschaften überall der Umfang der Gewerkschafts-zeitungen eingeschränkt werden mußte. Andererseits aber müsse um so mehr Wert auf die Ausgestaltung und Verbreitung der Gewerkschaftspresse gelegt werden, weil Millionen von Arbeitslosen nicht mehr in der Lage sind, sich eine Tageszeitung zu halten und mehr denn je auf Information und Aufklärung angewiesen sind, die ihnen die Gewerkschaftspresse bietet. Insofern habe die Gewerkschaftspresse heute eine viel größere Bedeutung als früher. — Fast allgemein wurde auch verlangt, daß der Unterhaltungsteil gepflegt werden müsse, insbesondere Romane gebracht werden sollen, damit die Gewerkschaftspresse auch von den Familienangehörigen der Verbandsmitglieder gelesen wird. Eine Befruchtung des Gewerkschaftslebens ist dadurch sicher. — Zum Schluß gab Kollege Scheffler einen kurzen Bericht des Fachauschusses, in dem er besonders auf das Verbot der „Buchbinder-Zeitung“ und die mehrfachen Verwarnungen anderer Gewerkschaftsorgane einging. Das Verbot der „Buchbinder-Zeitung“ ist inzwischen vom Reichsgericht bestätigt worden, trotz des Einspruchs, den auch der Fachauschluß erhoben hat, der insbesondere auf das unvereinbare des Verbots mit Artikel 159 der Reichsverfassung hinwies. Das Verbot der Gewerkschaftspresse ist ein Einbruch in das Koalitionsrecht und die Gewerkschaften müssen sich energisch gegen diese Verbots-praxis wehren.

**Politische u. wirtschaftl. Wochenschau**

Die Gegensätze zwischen Nationalsozialisten und Deutsch-nationalen zeigen sich in den in der letzten Zeit abgehaltenen Wahlversammlungen immer stärker. In Berlin wurde eine große Versammlung der Deutschnationalen durch eine von den Nationalsozialisten inszenierte Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten Schwerverletzte gab, gestört.

Die Regierung der Barone hat in den letzten Tagen wieder einen Beamtenstich vorgenommen. Von 24 neu ernannten Beamten in maßgebenden Stellungen in der Verwaltung sind 11 adelig; darunter befinden sich 2 Oberpräsidenten, 4 Vizepräsidenten und 5 Polizeipräsidenten.

In der Beleidigungsklage des ehemaligen Polizeipräsidenten Grzesinski und des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen die Redakteure Dr. Lippert und Krause vom nationalsozialistischen Berliner „Angriff“ wurde Lippert zu drei Monaten, Krause zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen die Kontingentierungspolitik der Regierung von Papen hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in einer Eingabe protestiert, in der auf den Rückgang des Umsatzes durch die Kontingentierung hingewiesen wird.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach den Eintragungen der Arbeitsämter am 30. September rund 5 100 000. Es ist also ein Rückgang im ganzen Monat September um 163 000 Personen zu verzeichnen. Nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung haben wir in Deutschland 7 160 000 Arbeitslose. Die Differenz erklärt sich dadurch, daß die Arbeitsämter Ausgesteuerte und solche, die nach der Bedürftigkeitsprüfung keine Ansprüche haben, nicht erfassen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats September auf 119,5 gegenüber 120,3 im August. Zurückgegangen sind die Indexziffern für Ernährung um 2,1 Proz. auf 110,5, für Bekleidung um 0,4 Proz. auf 114,8, für sonstigen Bedarf um 0,2 Proz. auf 164,7. Die Indexziffern für Wohnungen mit 121,3 sind unverändert, die für Heizung und Beleuchtung haben sich um 0,7 Proz. auf 135,2 erhöht.

**RUNDSCHAU**

Rückgang der Betriebsunfälle. Die Unfallstatistik für das Jahr 1930, die jetzt abgeschlossen vorliegt, verdient schon aus dem Grunde unsere Beachtung, weil die Zahl der Betriebsunfälle ganz erheblich gesunken ist. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen im Jahre 1930 um 7,5 Proz. geringer war als 1929. Insgesamt waren 10,6 Millionen Personen in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versichert. In den Betrieben ereigneten sich rund 707 800 Unfälle gegen 928 000 im Jahre 1929, also um rund 23,7 Proz. weniger. Die Zahl der entschädigten Unfälle betrug 1930 46 675 gegen 56 102 im Vorjahre; tödliche Unfälle ereigneten sich 3623 gegen 4597 im Jahre 1929. Die tödlichen Unfälle gingen um 21,2 Proz. zurück. — Dieser erfreuliche Rückgang der Unfallziffer darf aber nicht zu falschen Schlüssen führen, wozu man sehr leicht geneigt sein könnte. In der Hauptsache ist dieser Rückgang wohl bedingt durch die große Arbeitslosigkeit; daß 1930 in den Betrieben weniger Personen beschäftigt waren als 1929. Es gilt daher auch jetzt noch genau so wie früher der Grundsatz, daß vorsehen besser als nachsehen ist. Man setze Leben und Gesundheit nicht leichtfertig aufs Spiel. Die gesteigerte Antreiberei hat ohnedies schon dazu geführt, daß in den Betrieben die Unfallgefahren sich vermehrt haben. — Ueber die Ursachen der Betriebsunfälle unterrichtet folgende Uebersicht:

|                                   | Unfälle insgesamt | Entschädigte Unf. | Tödl. Unfälle |                              | Unfälle insgesamt | Entschädigte Unf. | Tödl. Unfälle |
|-----------------------------------|-------------------|-------------------|---------------|------------------------------|-------------------|-------------------|---------------|
| Transport . . .                   | 175 562           | 10 849            | 1 234         | Durch Tiere . . .            | 6 789             | 518               | 30            |
| Fallen o. Leitern                 | 99 654            | 7 839             | 474           | Kraftübertrag.-Anlagen . . . | 6 273             | 858               | 258           |
| Arbeitsmaschin.                   | 82 582            | 8 239             | 133           | Rohstoffgewinnung . .        | 3 706             | 290               | 34            |
| Zusammenbruch                     | 59 496            | 3 869             | 286           | Schweißanlagen               | 2 362             | 51                | 7             |
| Weg von und zur Arbeit . . . . .  | 45 410            | 4 000             | 459           | Kraftzeug-Anlagen . . . .    | 2 333             | 188               | 22            |
| Handwerkzeug                      | 45 067            | 1 219             | 23            | Derselbenarb. . . . .        | 122 702           | 4 046             | 281           |
| Feuergefährliche Stoffe . . . . . | 32 467            | 1 004             | 143           | Berufshandarb. . . .         | 5 920             | 709               | 94            |
| Fördermaschinen                   | 17 485            | 1 996             | 145           |                              |                   |                   |               |

Bemerkte sei dazu noch, daß die Zahl der Unfälle beim Transport von Waren und Gegenständen gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen ist, während die Unfälle, die in der Gruppe Handwerkszeug zusammengefaßt sind, bedeutend gestiegen ist. Im Bergbau betrug die Zahl der Unfälle 121 500 gegen 162 400 im Jahre 1929. Tödliche Unfälle wurden im Bergbau 2664 gezählt. E. H.

**DIE EISERNE FRONT**  
 marschiert auf gegen Reaktion und Lohnraub.  
 Bist du auch dabei? Reihe Dich ein  
**IM GESAMT-VERBAND**

# SCHRIFTEN UND BÜCHER

(Besprechung vorbehalten)

Mein Vorurteil gegen diese Zeit. Der Holzschnitt als Ausdrucksmittel einer sozialkritischen Kunst wurde neuerdings besonders von Franz Masereel zur Geltung gebracht. Keiner von den Künstlern, die ihm folgten, konnte an Qualität und Menge seiner Leistung mit ihm wetteifern. Karl Rössing, seit drei Jahren ein neuer Name in der politisch interessierten Kunst, denkt nicht daran, den Stil eines Franz Masereel nachzuahmen. Er unterscheidet sich von Masereel durch eine völlig andere Auffassung, durch eine ganz persönliche Technik und durch die Vermeidung dekorativer Zutaten, die Masereels Arbeiten oft erdrücken. Die Holzschnitte von Rössing sind in des Wortes bester Bedeutung populäre Kunst. Jeder versteht sie; jeder findet sich sofort in sie hinein. Die geben inhaltlich und formell keine Rätsel auf. Dabei vermeiden sie plumpe Unterstreichungen und imponieren gerade durch eine ihnen innewohnende Unparteilichkeit. Die Wucht ihres Angriffs wird dadurch gesteigert, daß der Künstler die von ihm verfolgte Absicht nicht plakativ voransetzt. Rössing wirkt gerade durch sein naives Erstaunen den Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber. Aus allen seinen Bildern spricht der Mensch, der sich sein Urteil bewahrt hat, so sehr Parteien und Traditionen und Vertreter der gottgewollten Ordnung auf ihn einreden. Nicht zufällig nennt er sein Buch, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg erschienen ist: „Mein Vorurteil gegen diese Zeit.“

Es sind 100 Holzschnitte, die in Originalgröße und von Galvano-Plastiken, nach dem Originalholzschnitt hergestellt, zu einem Buch, in Leinen 2,70 M., zusammengefaßt wurden. Diese 100 Holzschnitte sind in den letzten drei Jahren entstanden und zeigen, wie Karl Rössing an der Vollendung seiner Ausdrucksmittel gearbeitet hat. Die Holzschnitte sind mit größter Sorgfalt und doch mit künstlerischer Freiheit geschnitten. Das, was Rössing sagen will, spricht den Betrachter mit entschiedener Klarheit an, und dabei ist jeder Quadratcentimeter dieser Holzschnitte graphisch interessant. Der Griffel Rössings kann Schattierungen von größter Weichheit hervorbringen, er kann aber auch mit strengen Kontrasten arbeiten und das Spiel der Flächen zu einem dramatischen Konflikt werden lassen. In ihrer Gesamtheit ergeben diese 100 Holzschnitte ein Spiegelbild unserer Zeit kein verzerrtes Spiegelbild, so sehr diese Darstellungen oft auch einem Reigen toller Ausgeburten einer infernalischen Phantasie gleichen mögen. Die Wirklichkeit ist so, sagt Rössing, wir brauchen nur scharf hinzusehen. Diese Holzschnitte haben die Absicht, die Dinge, die so toll aussehen, zu ändern und zu ordnen. Dieser Wille war der Anstoß, eine solche Serie von 100 Holzschnitten zu schaffen und zusammenzustellen. Durch die Kunst Rössings setzt er sich beim Betrachter wieder in soziale Leidenschaft um. Die Büchergilde Gutenberg hat mit diesem neuen Buch etwas ganz Neues geschaffen.

„Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beiläutern „Soziales Wandern“, „Der Leib“, der Liebesgaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. Urania-Freidenker-Verlag, Jena.

„Praktikum der Arbeitslosenversicherung.“ Von Dr. Hanns Haffler. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart. Preis 4,25 M.

Das Werk gliedert sich in drei Abschnitte: der erste behandelt den Personenkreis des AVAVG. und die Voraussetzungen des Versicherungsanspruches; der zweite gliedert die Arbeitslosenunterstützung in sich selbst auf, auch im Zusammenhang mit der Krankenversicherung, der Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftlichen Pensionsversicherung Arbeitsloser, während der dritte Teil das Verfahren in Unterstützungs- und Spruchfachen behandelt. Die Arbeit hat dadurch besonderen Wert, weil sie an Hand von vielen Beispielen die Praxis erläutert. Ein Nachtrag bringt das Werk auf den neuesten Stand der Versicherung.



# Togal

unübertroffen bei  
**Rheuma / Gicht**  
**Kopfschmerzen**  
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterienstönd! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!



Wer Taschen- u. Armbr.-Uhr ganz billig kaufen will, verlangt Preisliste gratis. Uhren-Klose, Berlin SW 29/97, Zossener Straße 8



Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. gratis. **J. BRENDEL** Limburgerhof 95, Pfalz

**EISU** Stahl-Holz-Schlafzim. Polster. Stahlmatr. an jeden. Talz. Kat. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl/Th.

**ALLES BILLIGER!** Westfalia Werkzeug Co. Hagen 101 i. W. Werkzeugliste gratis

Kollegen! Sorgt stets für die weitgehendste Verbreitung der „Gewerkschaft“

Arbeitsrechtsgesetze und Kommentare zur letzten Notverordnung liefert die Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4

T 18/III



## Gewaltige Mengen Waren würden enorm billig erworben!

### Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint. Bestellen Sie also in Ihrem Interesse sofort. Abgabe an jeden Besteller von jedem Artikel bis 50 Meter bezw. bis 20 Duzend oder 30 Stück. Keine Abgabe an Wiederverkäufer.

- |     |   |         |
|-----|---|---------|
| Nr. | Art.  | M. Pfg. |
| 10  | Angebleichtes Baumwolltuch, solide Sorte, aus guten Garnen, 75 cm, per Meter  | -15     |
| 11  | Angebleichtes Baumwolltuch, besonders solide, ziemlich dichtgewebte Sorte, 75 cm, per Meter   | -21     |
| 12  | Angebleichtes Baumwolltuch, prima, fast unzerwühllich im Gebrauch, 78 cm, per Meter   | -23     |
| 13  | Weißes Hemdentuch, solide Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter   | -17     |
| 14  | Weißes Hemdentuch, sehr solide, ziemlich dichte Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter   | -23     |
| 15  | Weißes Hemdentuch, ganz vorzügliche, dichtgeschlossene Sorte, weiß gebleicht, für sehr gute Wäschestücke geeignet, 80 cm, per Meter | -27     |
| 16  | Hemdenflanell, besonders reißfeste, überaus haltbare, gute Sorte, garantiert echtfarbige schöne Muster, 75 cm, per Meter            | -26     |
| 17  | Hemdenzeffe, sehr solid und haltbar, schöne gebedte, waschichte Muster, 70 cm, per Meter  | -26     |
| 18  | Taschentücher, weiß, solide Sorte mit Hoßbaum, 30x30 cm, per 1/2 Duzend   | -50     |
| 19  | Wischtücher, gute, haltbare Qualität, 45x45 cm, per 1/2 Duzend  | -50     |
| 20  | Frottierhandtücher, aus gutem Fräseleinstoff, mit hübschen eingewebten Mustern, 40x90 cm, per Stück                                 | -29     |

Besonderer Ausnahmepreis!

- |    |  |     |
|----|--|-----|
| 21 | Weißes Hemdentuch, gute, besonders solide, mittelstarke dichte geschlossene, kräftige Qualität, jedoch mitunter mit kleinen, unscheinbaren Pöppeln versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist dasselbe für gute, besonders solide, sehr haltbare, kräftige Wäschestücke zu verwenden, ca. 70 cm, p. Meter | -21 |
|----|--|-----|

Verwand erfolgt per Nachnahme von M. 10.— an, portofreie Lieferung von M. 20.— an. Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Rückzahlung des vollen ausgetragenen Betrages.

**Josef Witt, Weiden 58 (Opf.)**

Größtes Webwaren-Spezialverhandlung der Art Europas, mit eigenen Webwarenfabriken — mit eigenem Ausrüstungswert 4000 Arbeiter und Angestellte.